



# Gruppe der Vertriebenen in der 17. Legislaturperiode noch nie so stark seit Gründung 1949

Sächsischer Abgeordneter Klaus Brähmig neuer Vorsitzender – Halbjahresbilanz



Klaus Brähmig MdB

In der konstituierenden Sitzung am 24. November 2009 wurde ich als Vertreter des Wahlkreises Sächsische Schweiz und Osterzgebirge in geheimer Abstimmung zum neuen Vorsitzenden der Gruppe gewählt. Der erste Stellvertreter Stephan Mayer MdB wurde in seinem Amt bestätigt. Anita Schäfer MdB und Prof. Dr. Egon

Liebe Leserinnen und Leser,

die Fraktion der CDU/CSU hat in der 17. Legislaturperiode wieder als einzige Kraft im Deutschen Bundestag eine Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler eingerichtet. Mit nunmehr 64 Abgeordneten ist diese soziologische Gruppe fast doppelt so groß wie in der vergangenen Wahlperiode und damit seit ihrer Gründung 1949 noch nie so stark gewesen. Dies ist umso bemerkenswerter, da anfangs alle Abgeordneten einen familiären Flucht- oder Vertreibungshintergrund besaßen und jetzt die Mehrheit der Nachkriegsgeneration angehört und aus Interesse beigetreten ist. In der kon-

stituierenden Sitzung am 24. November 2009 wurde ich als Vertreter des Wahlkreises Sächsische Schweiz und Osterzgebirge in geheimer Abstimmung zum neuen Vorsitzenden der Gruppe gewählt. Der erste Stellvertreter Stephan Mayer MdB wurde in seinem Amt bestätigt. Anita Schäfer MdB und Prof. Dr. Egon Jüttner MdB wurden einstimmig als die beiden weiteren Stellvertreter gewählt. Die Mitglieder der Gruppe dankten im Rahmen der Sitzung dem leider aus dem Deutschen Bundestag ausgeschiedenen bisherigen Vorsitzenden Jochen-Konrad Fromme herzlich für seine Arbeit in der abgelaufenen 16. Wahlperiode, die er engagiert wie erfolgreich geleistet hat.

Als neuer Vorsitzender der Gruppe stelle ich mich Ihnen gerne mit einigen biographischen Angaben kurz vor: geboren am 1. August 1957 in Königstein, Kreis Pirna/Sachsen, evangelisch-lutherisch. Ich bin von Beruf Elektrohandwerksmeister, verheiratet und habe eine Tochter. Mitglied des Bundestages seit 1990; Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Fraktion 1998 bis 2009, danach Vorsitzender des Tourismus-Ausschusses des Bundestages. Seit 1990 bin ich Mitglied der Gruppe der Vertriebenen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deren Stellvertreter ich zuletzt war und die ich nun weiter voranbringen möchte.

Diese Ausgabe unseres Informationsdienstes dokumentiert unsere parlamentarische Arbeit des ersten Halbjahres 2010 und bietet außerdem aktuelle Veranstaltungs- und Literaturhinweise.

Mit freundlichen Grüßen

## INHALT

SEITE 3  
**GEDENKEN AN BUNDESVERTRIEBENENMINISTER HANS LUKASCHEK**  
Helmut Sauer

SEITE 5  
**VOLKER KAUDER: VERTRIEBENE WICHTIGE GRUPPE**  
Sven Oole

SEITE 7  
**KANZLERIN WÜRDIGT STUTTGARTER CHARTA**  
Klaus Brähmig

SEITE 13  
**GREMIEN DER BUNDESVERTRIEBENENSTIFTUNG WERDEN NEU FORMIERT**  
Bernd Neumann

SEITE 18  
**DEUTSCHLANDS HISTORISCHE VERANTWORTUNG FÜR AUSSIEDLER UND DEUTSCHE MINDERHEITEN**  
Dr. Christoph Bergner

SEITE 21  
**AUSSENMINISTER WESTERWELLE IN HERMANNSTADT**  
Klaus Brähmig

# Neujahrsgespräch der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften bei Ministerpräsident Koch

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf zieht für 2009 eine positive Bilanz



Die Teilnehmer des Neujahrsgespräches bei Ministerpräsident Roland Koch

Wie in den letzten zehn Jahren zuvor hat Ministerpräsident Roland Koch die Vertreter des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften zu einem Neujahrsgespräch in der Hessischen Staatskanzlei empfangen. An dem Gespräch nahmen auch Staatsministerin Dorothea Henzler vom Hessischen Kultusministerium, Staatssekretärin Petra Müller-Klepper vom Hessischen Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit, Staatssekretär Dirk Metz von der Hessischen Staatskanzlei und die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, teil. Ebenso die Landtagsabgeordnete Gudrun Osterburg als Vorsitzende des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung. Ministerpräsident Roland Koch begrüßte neben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf Seiten der Landesregierung die Vertreter der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler und hier insbesondere den BdV-Landesvorsitzenden Alfred Herold.

Der Ministerpräsident zitierte aus der in Hessen verabredeten Koalitionsvereinbarung und seiner Regierungserklärung vom 18. Februar 2009. „Die Festlegungen, dass wir erneut eine Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen, den Landesvertriebenenbeirat weiter unterstützen und die Patenschaften des Landes weiter stärken werden, waren wichtig und richtig. Ich danke Frau Ziegler-Raschdorf, dass sie das Amt der Landesbeauftragten in der Nachfolge von Rudi Friedrich übernommen hat. Die Einrichtung und Berufung einer Landesbeauftragten hat sich als Bindeglied zwischen Regierung und Verbänden sowie bei der Intensivierung der Integrationsarbeit für Spätaussiedler bewährt“, so Roland Koch. Die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sei sicher ein schwieriges Kapitel in der Berliner Regierungskoalition. Die BdV-Präsidentin Erika Steinbach habe nach den Äußerungen des Bundesaußenministers Vorschläge gemacht, wie die Arbeit der Bundesstiftung

gesichert werden kann. Er habe es begrüßt, dass die Berliner Koalition nunmehr vereinbart habe, in der Angelegenheit voranzukommen und die Fraktionsvorsitzenden beauftragt wurden, zeitnah Lösungen zu finden. „Der Bund der Vertriebenen hat in der Diskussion dafür gesorgt, dass moderate Töne vorherrschen und von daher auch das Recht, sich einzubringen und Einfluss auszuüben“, so der Ministerpräsident.

In der Folge machte Dr. Herfried Stingl Ausführungen zu den Themen Lehrerhandreichung, Lehrpläne, Schulbücher und Heimatstuben. Johann Thießen befasste sich mit dem neuen Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern, dem Projekt der Multiplikatorenschulung, dem Projekt in der Fördereinrichtung für junge Zugewanderte in Hasselroth sowie mit der Anerkennung der Berufsabschlüsse für Spätaussiedler. Rosa Emich berichtete über das Projekt in der JVA Hünfeld, das auf großes Interesse gestoßen sei. Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf stellte fest, dass die Landesregierung in den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften starke Partner hat. Umgekehrt gelte allerdings ebenso, dass die Verbände eine besondere Unterstützung durch die Hessische Landesregierung erfahren, was sich auch an der Verdreifachung der Landesmittel seit 1999 zeige. Von Bedeutung sei auch ihre Berufung zur Landesbeauftragten wodurch sichergestellt sei, dass wichtige Fragestellungen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler regelmäßig auf den Tisch kämen. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene sei bezüglich der Berufsabschlüsse der gesetzliche Anspruch auf ein Anerkennungsverfahren festgestellt und beschrieben, dass das Verfahren einfach, transparent und nutzerfreundlich gestaltet werden soll und eine Erstanlaufstelle angestrebt wird. „Dieser Problematik will ich mich in Zukunft besonders annehmen und verweise aktuell auf die Eckpunkte der Bundesregierung vom 9. Dezember 2009“, so die Landesbeauftragte.

# Hans Lukaschek – Patriot und Europäer

Helmut Sauer zum 50. Todestag des ersten Bundesvertriebenenministers

Der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU würdigte den bewegten Lebenslauf von Hans Lukaschek: Geboren am 22. Mai 1885 in Breslau, von unserer familiären Herkunft mit dem Herzen Oberschlesier, studierte Lukaschek Rechts- und Staatswissenschaften und wurde zum Doktor der Jurisprudenz promoviert. Mit 31 Jahren wurde er Bürgermeister und mit 34 Landrat in Rybnik. Als Oberschlesien nach dem Willen des Versailler Vertrages an Polen und das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei abgetreten werden sollte, leistete Lukaschek gemeinsam mit seinem entfernten Verwandten, dem einflussreichen Prälaten Carl Ulitzka MdR (Ratibor), einen maßgeblichen Beitrag zum Ergebnis der Volksabstimmung für den Verbleib beim Deutschen Reich. Nach der trotzdem erfolgten Teilung Oberschlesiens wurde er Oberbürgermeister in Hindenburg/Zabrze. Seine außerordentlichen Leistungen dort führten 1929 zur Ernennung zum Oberpräsidenten von Oberschlesien in Oppeln.

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten verfolgte Lukaschek mit großen Bedenken, widersetzte sich der Zeitungszensur und lehnte Entlassungen „unliebsamer Beamter“ ab. Die neuen „braunen“ Machthaber entließen ihn 1933. Danach vertrat Lukaschek als Anwalt in Breslau vornehmlich „missliebige Personen“, Priester, Juden und Andersdenkende, gewährte auch im Privaten Hilfe und schloss sich früh dem „Kreisauer Kreis“ an. Noch am Abend des missglückten Hitler-Attentats am 20. Juli 1944 wurden Hans und Magdalena Lukaschek verhaftet. Er wurde gefoltert, gedemütigt und später ins Konzentrationslager Ravensbrück gebracht. Erst kurz vor Kriegsende fand die Gerichtsverhandlung in Berlin statt, bei der er „wegen erlittener Folter“ freigesprochen wurde. Am 26.

Juni 1945 beteiligten sich Lukaschek und Prälat Ulitzka, der das KZ Dachau überlebt hatte, an der Gründung der CDU in Berlin. In Thüringen wurde Lukaschek Dritter Vizepräsident, zuständig für Landwirtschaft. Wegen Problemen mit der „roten“ Besatzungsmacht und den mit der „Bodenreform“ verbundenen Enteignungen floh er nach West-Berlin. Bundeskanzler Adenauer berief ihn 1949 zum ersten Vertriebenenminister. Während seiner Amtszeit bis 1953 konnten alle wesentlichen Gesetze, die das Unrecht der Vertreibungen erforderlich machte, verabschiedet werden: das



Dr. Hans Lukaschek  
Soforthilfegesetz (SHG, 1949), das Flüchtlingssiedlungsgesetz (FluSG, 1949), das Lastenausgleichsgesetz (LAG, 1952) sowie das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG, 1953).

Nach dem Ausscheiden aus dem Ministeramt blieb er seinen Landsleuten als Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, als Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes, als Präsident der Bundesversammlung der Landsmannschaft der Oberschlesier und des Katholischen Flüchtlingsrates sowie unserer Vorgängerorganisation, dem CDU-Landesverband Oder-Neiße, weiterhin verbunden. Am 26. Januar 2010 jährte sich zum 50. Mal der Todestag Hans Lukascheks, der auf dem Hauptfriedhof in Freiburg ruht.

## „Die Ankunft in Deutschland war für mich wie eine zweite Geburt“

Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde zeigt Sonderausstellung „Alles auf Anfang“

Die Sonderausstellung ‚Alles auf Anfang. Aufnahme und Integration von Aussiedlern in Berlin‘ ist in den Räumen und auf dem Gelände der Zentralen Aufnahmestelle des Landes Berlin für Aussiedler, des ehemaligen Notaufnahmelagers Marienfelde, bis zum 31. Juli 2010 zu sehen. Erstmals ist das Gelände während der Sonderausstellung den Besuchern frei zugänglich. Die Schau dokumentiert an diesem bedeutenden Ort der Berliner Migrationsgeschichte, wie Einrichtungen in Marienfelde vom Kinderhort über die Beratungsstelle bis zur Flüchtlingsseelsorge Weichen für die Integration stellten.

Sie zeigt außerdem am Beispiel von sieben Aussiedlerinnen und Aussiedlern, vor welche Probleme, aber auch Chancen sich die Menschen auf ihrem weiteren Weg gestellt sehen. Bundesweit haben sich über vier Millionen Aussiedler und Spätaussiedler mit ihren Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen. 95.792 Aussiedler nahm allein die jetzige Zentrale Aufnahmestelle in Berlin von 1964 bis heute auf. Während bis Anfang der 1990er Jahre vorwiegend Bürger aus Polen einreisten, kamen seit den 1990er Jahren vornehmlich Spätaussiedler aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, vor

allem aus Russland, Kasachstan, Kirgisistan und der Ukraine. Die neue Sonderausstellung widmet sich den unterschiedlichen Phasen ihres Aufbruchs in das neue Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Sie macht die Hoffnungen und Chancen, die die Bürger mit dem Neubeginn verbinden, zum Thema und zeigt die Herausforderungen der Lebenszäsur für die Aussiedler: eine neue Sprache zu lernen, eine weitere Ausbildung zu machen, in einer unbekanntem Stadt heimisch zu werden.

„Es ist uns einerseits wichtig, mit dieser Sonderausstellung deutlich zu machen, welche wertvolle Arbeit die Mitarbeiter der Zentralen Aufnahmestelle des Landes Berlin für Aussiedler und die in Marienfelde ansässigen Institutionen geleistet haben und leisten. Andererseits möchten wir einen positiven Blick auf die Neubürger richten. Bei vielen beeindruckt ihre Bereitschaft, sich auf ein neues Land einzulassen und alle mit dem langen Prozess der Integration verbundenen Schwierigkeiten zu überwinden“, erläutert Bettina Effner, die Leiterin der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde. So sagte Nathalie Abalichin, die aus Almaty in die Bundesrepublik gekommen ist im Rückblick: „Die Ankunft in Deutschland war für mich wie eine zweite Geburt.“

# Neuanfang für Versöhnungs- und Vertriebenenpolitik der Koalition!

Klaus Brähmig MdB zur Änderung der gesetzlichen Grundlage der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Die Bereitschaft von Erika Steinbach, unter Maßgabe einer Gesetzesänderung auf ihren Stiftungsratsitz verzichten zu wollen und von Guido Westerwelle sowie von Bernd Neumann, diese „Lösung der Vernunft“ zu prüfen, bereitet jetzt den Weg für eine gemeinsame Vertriebenenpolitik der Koalition.

Die Vertriebenenpolitiker der Unionsbundestagsfraktion halten eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen der Dokumentationsstätte für notwendig. Deren bisherige Konstruktion war ein Zugeständnis an den damaligen Regierungs-

partner SPD. Die Sozialdemokraten waren – wie die Kritik von Gesine Schwan oder Matthias Platzeck wieder beweist – von Anfang an gegen dieses Projekt. Die Gruppe der Vertriebenen wird nach den angekündigten Gesprächen zwischen den Fraktionen, der Bundesregierung und dem Bund der Vertriebenen einen entsprechenden Gesetzesantrag ausarbeiten und diesen mit dem Koalitionspartner abstimmen.

## „Lösung der Vernunft“

Erika Steinbach im Hintergrundgespräch über die Kraft an ihrer Seite



v.l.: Thomas Jarzombek MdB, Hartmut Koschyk MdB, Christian Hirte MdB, Anita Schäfer MdB, Bernhard Schulte-Drüggelte MdB, Klaus Brähmig MdB, Dr. Michael Luther MdB, Erika Steinbach MdB, Dr. Peter Tauber MdB, Prof. Dr. Egon Jüttner MdB, Dr. Johann David Wadepful MdB

In der Debatte um den Stiftungsrat der Vertriebenenstiftung des Bundes lud Klaus Brähmig MdB die BdV-Präsidentin Erika Steinbach zu einem Hintergrundgespräch in die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein.

Steinbach begrüßte, dass sich die Gruppe fast verdoppelt habe, da immer noch die Union die einzige Kraft an der Seite der Vertriebenen sei. Mit der SPD war die Errichtung der Vertriebenenstiftung eine schwierige Geburt gewesen.

Die BdV-Präsidentin erinnerte daran, dass sie damals alle Botschafter der osteuropäischen Staaten über das Konzept der geplanten Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ informiert habe, das später als „Sichtbares Zeichen“ in

den Koalitionsvertrag 2005 Eingang gefunden hatte und als „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ 2008 vom Bundestag beschlossen wurde. Von den Diplomaten hätte das Konzept seinerzeit nur der russische Vertreter abgelehnt. Erika Steinbach erläuterte die Position des BdV, der größten Organisation der deutschen Heimatvertriebenen und führte aus, dass sie an einer „Lösung der Vernunft“ arbeite.

Steinbach wies auf das 60-jährige Jubiläum der Stuttgarter Charta hin, welche ein national wie europäisch bedeutsames Dokument darstelle, an dem auch Vertreter der Bundesregierung teilnehmen würden.

# Vertriebene und Aussiedler nach wie vor wichtige Bevölkerungsgruppen

Treffen mit Volker Kauder MdB, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



v.l.: Helmut Sauer, Josef Rief MdB, Bettina Kudla MdB, Dr. Johann David Wadehul MdB, Anita Schäfer MdB, Manfred Behrens MdB, Hartmut Koschyk MdB, Erika Steinbach MdB, Sven Oole, Volker Kauder MdB, Frank Heinrich MdB, Klaus Brähmig MdB, Stephan Mayer MdB

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder MdB, kam ebenfalls zu einem Hintergrundgespräch in die Gruppe der Vertriebenen, um in der Debatte um den Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ Lösungsmöglichkeiten zu erörtern. Nachdem Erika Steinbach eine kurze Stellungnahme abgegeben hatte, machte Kauder klar, dass es sich bei den Vertriebenen nach wie vor um eine wichtige Bevölkerungsgruppe handele, die in einzelnen Bundesländern wie Hessen, Niedersachsen oder Baden-Württemberg besonders stark sei. Das freie Benennungsrecht des BdV habe man im Wahlprogramm der CDU/CSU aufgenommen und diese Position gelte fort.

Die Gruppe diskutierte mit dem Fraktionsvorsitzenden die vergangene, destruktive Politik der rot-grünen Bundesregierung im Bereich der Kulturförderung des Bundesvertriebenengesetzes. Die Abgeordneten bekräftigten die Verantwortung der Union, das historische Erbe der Deutschen im östlichen Europa wachzuhalten und für die Zukunft zu sichern.

Als zweites Thema ging es um die Integration der Aussiedler, von denen 2,3 Mio. aus Russland nach Deutschland gekommen sind. Volker Kauder berichtete von Beispielen aus seinem Wahlkreis, wo es etwa darum gehe, mittlerweile die dritte Generation der Russlanddeutschen für Themen der Union zu gewinnen.

## Ausländische Experten beteiligen

Klaus Brähmig MdB zum Rückzug des polnischen Historikers Tomasz Szarota aus dem wissenschaftlichen Beraterkreis der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Der Rückzug von Tomasz Szarota aus dem wissenschaftlichen Beraterkreis der Vertriebenen-Stiftung des Bundes ist bedauerlich. Denn die Gruppe der Vertriebenen spricht sich nachdrücklich dafür aus, dass sich an dem auch der Versöhnung dienenden Projekt ausländische Experten beteiligen, um den internationalen Aspekt von Flucht und Vertreibung herauszustellen.

Nach dem Rücktritt Szarotas ist nun der Bundesaußenminister erst recht mit in der Verantwortung, die Stiftung als eines der zentralen Gedenkvorhaben der Bundesregierung voranzubringen. So wird laut polnischen Presseberichten als Hintergrund der endgültigen Entscheidung des polnischen Wissenschaftlers die aktuelle Diskussion um einen der drei BdV-Sitze im Stiftungsrat genannt. Der Professor sei nach Informationen der Zeitung „Gazeta Wyborcza“ betroffen da-

rüber, dass es auf den Brief von 16 Unions-Europaparlamentariern an Guido Westerwelle, in dem die Überprüfung der Lebensläufe polnischer Stiftungsratsmitglieder gefordert wurde, keinerlei Reaktion gab. Tatsächlich gibt es keine polnischen Stiftungsratsmitglieder.

In seinem Bestreben nach guten Beziehungen zu Polen hätte der Bundesaußenminister trotz des fehlerhaft recherchierten Schreibens die Brisanz der Anfrage erkennen und diese öffentlich klarstellen müssen.

Zudem begrüßt die Union das erklärte Ziel der neuen Bundesbeauftragten für die deutsch-polnischen Beziehungen, Cornelia Pieper MdB, sich für ihre Arbeit als Vorbild den deutsch-französischen Ausgleich zu nehmen.

# CDU und CSU in Fragen der Vertriebenenpolitik einig

Treffen mit Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



v.l.: Sven Oole, Klaus Brähmig MdB, Dan Kühnau, Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, Franz-Josef Metzen, Bettina Kudla MdB

Der Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Dr. Hans-Peter Friedrich MdB diskutierte im Rahmen der Debatte um den Rat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ unmittelbar vor einem Gespräch der Fraktionen mit dem BdV und der Bundesregierung mit der Gruppe der Vertriebenen. Friedrich verdeutlichte die Position der CSU und er habe stets die Auffassung vertreten, die Vorschläge des BdV vorbehaltlos zu prüfen. Die Medienberichte über eine „Spaltung“ der Union hätten keinen Hintergrund. Er bekräftigte, dass sich CDU und CSU in Fragen der Vertriebenenpolitik einig seien. Der Landesgruppenvorsitzende berichtete, dass er in den letzten Monaten viele Briefe und E-Mails der Vertriebenen bekommen habe, für deren Gefühlsbekundungen er durchaus

Verständnis zeige. Den 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen sei Unrecht geschehen und deren Schicksal solle festgehalten werden, wenn sie einmal nicht mehr am Leben sein würden. Friedrich unterstrich daher die nationale Bedeutung einer Dokumentations- und Erinnerungstätte zu Flucht und Vertreibung in Berlin. Ferner wurde die Anbindung des Lastenausgleichsarchivs (LAA) in Bayreuth thematisiert, dessen Akten dafür digitalisiert werden müssen. Das LAA verwahrt die in den fünfziger Jahren entstandene Ost-Dokumentation des Bundesarchivs. Sie enthält Fragenbogen- und Erlebnisberichte zur Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa.

## CDU/CSU und FDP vergrößern „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ – BdV erhält sechs Sitze im Stiftungsrat

Die Vorsitzenden der Koalitionsfraktion im Bundestag Volker Kauder MdB, Hans-Peter Friedrich MdB und Birgit Homburger MdB verständigten sich auf folgenden gemeinsamen Vorschlag zur künftigen Ausgestaltung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“:

1. Die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ verbleibt unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums.
2. Der Stiftungsrat besteht aus 21 Mitgliedern, von denen 19 vom Deutschen Bundestag gewählt werden. Das Vorschlagsrecht liegt für sechs Mitglieder beim Bund der Vertriebenen e. V., für je zwei Mitglieder bei der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Katholischen Kirche in Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland, für je ein Mitglied beim Auswärtigen Amt, beim Bundesministerium des Innern sowie bei der/dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Der Deutsche Bundestag wählt vier Mitglieder aus seinen Reihen.
3. Die aus dem Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth nutzbaren Daten, die problemlos öffentlich zugänglich gemacht werden können, werden digitalisiert und in die Ausstellung integriert.
4. Die Vergrößerung der Ausstellung für die bisher eine Fläche von 2.252 m<sup>2</sup> vorgesehen war, wird erweitert auf 3.000 m<sup>2</sup> unter Einbeziehung der nutzbaren Daten aus dem Lastenausgleichsarchiv.

# Bundesregierung unterstützt weiterhin die deutsche Minderheit in Rumänien

Dr. Christoph Bergner MdB anlässlich der Jahresplanungskonferenz

Das Bundesministerium des Innern will im Jahr 2010 für Hilfen für die deutsche Minderheit in Rumänien 1,656 Mio. € zur Verfügung stellen. Mit der Bereitstellung der Mittel sollen sozial-humanitäre und gemeinschaftsfördernde Maßnahmen unterstützt werden. Besondere Bedeutung hat auch die Förderung von Projekten in Form von wirtschaftlichen Hilfen für kleine und mittelständische Unternehmen in Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft.

Ziel der Hilfenpolitik ist es, die kulturelle Identität der deutschen Minderheit in Rumänien zu bewahren. Welche Bedeutung die deutsche Minderheit in Rumänien hat, zeigte sich gerade im vergangenen Jahr an der Verleihung des Literaturnobelpreises an Herta Müller, die 1987 aus dem Banat nach Deutschland kam. Trotz der EU-Zugehörigkeit Rumäniens haben die Förderziele nicht an Bedeutung verloren. Die Zusammenarbeit innerhalb der EU bietet Perspektiven für eine gemeinsame Förderung der deutschen Minderheit. Das ist von Interesse, da die deutsche Minderheit wiederum dazu beiträgt, die vielfältigen Bindungen zwischen Deutschland und Rumänien weiter zu beleben und zu stärken.

Der Einsatz der Fördermittel wurde auf der Jahresplanungskonferenz am 23. Januar 2010 in Hermannstadt von Vertretern des Bundesministeriums des Innern mit den Repräsentanten des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien einvernehmlich abgestimmt.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Ausiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner, erklärte anlässlich der Jahresplanungskonferenz: „Die Bundesregierung bekennt sich zu ihrer im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 niedergelegten besonderen Verantwortung für die deutschen Minderheiten der MOE- und GUS-Staaten und wird die Förderung im Rahmen ihrer Hilfenpolitik auch künftig weiter fortsetzen“.



Dr. Christoph Bergner MdB

## Kanzlerin stellt sich hinter Vertriebenen-Stiftung – Stuttgarter Charta „wegweisend“

Klaus Brähmig MdB zur Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem BdV-Jahresempfang

Die Gruppe der Vertriebenen begrüßt es außerordentlich, dass die Bundeskanzlerin in der teilweise aus dem Ruder gelaufenen Debatte um die Vertriebenen-Stiftung sich eindeutig hinter das Projekt gestellt hat. Zudem betonte die Kanzlerin, dass die Bundesregierung das zentrale Gedenkvorhaben des Bundes unterstützen und weiterführen wird.

Da die Zeitzeugen irgendwann fehlen werden, erklärte die Kanzlerin treffend die zentrale und gesamtgesellschaftliche Aufgabe der „Stiftung, Flucht und Vertreibung“ – als „wichtigen Teil deutscher Geschichte“ – für kommende Generationen wissenschaftlich fundiert zu dokumentieren.

Nochmals geht aus dieser Erklärung klar hervor, dass es ohne deren Unterstützung heute in Berlin die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nicht geben würde. In ihr soll insbesondere an das millionenfache Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen angemessen und würdevoll gedacht werden.

Zugleich hat die Bundeskanzlerin in ihrer Rede die „wegweisende“ Charta der deutschen Heimatvertriebenen, dessen 60-jähriges Jubiläum im August in Stuttgart begangen wird, als „Dokument der Hoffnung“ gewürdigt.



Bundeskanzlerin Angela Merkel MdB, Erika Steinbach MdB

## 60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen

BdV lädt im August zum Festakt nach Stuttgart

An historischem Ort, im Weißen Saal des Neuen Schlosses in Stuttgart, wird BdV-Präsidentin Erika Steinbach am 5. August 2010 die Gedenkveranstaltung eröffnen, auf der als Redner Heribert Rech MdL, Innenminister des Landes Baden-Württemberg und Dr. Thomas de Maiziére MdB, Bundesminister des

Innern, erwartet werden. Die Festrede hält Prof. Dr. Nobert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages. Im Anschluss lädt die Landesregierung zu einem Empfang ein.

# Zukunftsorientierte Jugendarbeit - Plädoyer für Steinbach

Bayerns Sozialministerin Haderthauer beim Festakt zum 60-jährigen Bestehen des Bundesverbandes der Sudetendeutschen Jugend



Angehörige der SdJ mit Ministerin Christine Haderthauer und Bernd Posselt MdEP

Beim Festakt zum 60-jährigen Bestehen des Bundesverbandes der Sudetendeutschen Jugend (SDJ) fordert Ministerin Haderthauer uneingeschränkt einen Sitz von BdV-Präsidentin Erika Steinbach im Kuratorium der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. So die Ministerin: „Es bleibt bei der absoluten Unterstützung von Erika Steinbach durch Bayern!“ Ferner sei die Sudetendeutsche Jugend ein wichtiger Brückenbauer im gemeinsamen Europa. Wer Zukunft gestalten will, dürfe nämlich die Vergangenheit nicht ausblenden. Der Europaabgeordnete Bernd Posselt sieht die grenzüberschreitenden Aktivitäten des Jugendverbands als gute Voraussetzung für die Versöhnung. „Denn ohne Verständigung gibt es keine Versöhnung. Wenn deutsche und tschechische Jugendliche gemeinsam die Freizeit gestalten, dann knüpfen sie an die gemeinsame Geschichte der böhmischen Länder an.“ Auch Petr Vondruska vom tschechischen Jugendverband „Sojka-spolek mladych“ lobt die Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen

Jugend: „Bei unseren Treffen spürt man, dass die Jugend beider Länder nicht mehr belastet ist von den Schatten der Vergangenheit.“ Beide Verbände lebten die Idee einer gemeinsamen Zukunft. Der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Pany, bezeichnet die Arbeit der SDJ als „Kitt, der die Volksgruppe auch künftig zusammen halten wird. Schwerpunkte der Sudetendeutschen Jugend sind der Erhalt und die Weiterentwicklung des kulturellen Erbes sowie deutsch-tschechische Jugendbegegnungen. Bernhard Goldhammer, der stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes, hebt hervor, dass das Recht auf Heimat der inzwischen in dritter Generation in den Vertreibungsgebieten lebenden Tschechen zu achten sei. Goldhammer forderte im Namen der SdJ ein weltweites Verbot von Vertreibungen. Er übergab Ministerin Haderthauer eine entsprechende politische Erklärung der Sudetendeutschen Jugend.

## Bundestag beruft Klaus Brähmig in den Rat der Vertriebenenstiftung

CDU-Pressestelle: Union unterstreicht mit Wahl den Stellenwert der Position

Auf Vorschlag der Unionsbundestagsfraktion ist Klaus Brähmig MdB vom Bundestag für die Dauer von fünf Jahren in den Stiftungsrat der Dokumentationsstätte des Bundes zu Flucht und Vertreibung bestellt worden.

Die Union unterstreicht mit der Wahl von Klaus Brähmig den besonderen Stellenwert, den die Fraktion der Position beimisst. Wie sein Vorgänger Jochen-Konrad Fromme ist Klaus Brähmig vertriebenenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Gruppe der Vertriebenen ist in dieser Legislaturperiode mit 64 Abgeordneten seit ihrer Gründung noch nie so stark gewesen. Das ist bemerkenswert, da in der Vergangenheit alle Abgeordneten einen familiären Flucht- oder Vertreibungshintergrund besaßen und heute die Mehrheit der Nachkriegsgeneration angehört.



# Koalition stellt Vertriebenenstiftung auf neue Grundlage – Dank an Steinbach!

Klaus Brähmig MdB zur Vereinbarung zwischen den Koalitionsfraktionen, der Bundesregierung und dem Bund der Vertriebenen zur „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Die Koalition macht mit der jüngsten Vereinbarung die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zu einem gemeinsamen Projekt und stellt das Gedenkvorhaben des Bundes zu Flucht und Vertreibung auf eine neue Grundlage. Großer Dank gebührt dabei Erika Steinbach, deren Kompromissbereitschaft als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen diese Lösung erst ermöglicht hat.

So verständigten sich die Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und FDP zusammen mit Kulturstaatsminister Neumann sowie dem Bund der Vertriebenen, dass die Zahl der Sitze des BdV im Stiftungsrat verdoppelt wird und damit die Herkunftsgebiete der deutschen Heimatvertriebenen deutlich besser repräsentiert werden können.

Ferner wird der nunmehr 21köpfige Stiftungsrat insgesamt aufgewertet, da die Stiftungsratsmitglieder nicht mehr durch das Bundeskabinett bestellt, sondern durch den Bundestag gewählt werden.

Außerdem wird die Gesamtnutzungsfläche der Stiftung von 2200 auf 3000 Quadratmeter erweitert und per Internetnutzung mit den historischen Unterlagen des Lastenausgleichsarchivs in Bayreuth verbunden, deren öffentlich zugängliche Akten jetzt digitalisiert werden. Die Gruppe der Vertriebenen wird sich dafür einsetzen, dass die verabredete Gesetzesänderung so schnell wie möglich auf den Weg gebracht und umgesetzt wird.

## „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin wird aufgewertet!

Kulturstaatsminister Bernd Neumann stellt Gesetzesänderung vor



v.l.: Sven Oole, Dr. Johann Wadehul MdB, Anita Schäfer MdB, Klaus Brähmig MdB, Bernd Neumann MdB, Erika Steinbach MdB, Helmut Sauer, Christoph Poland MdB

Staatsminister Bernd Neumann, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, stellte kurz nach dem Kompromiss in der Debatte um den Rat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ die Gesetzesänderung in der Gruppe der Vertriebenen vor. Bernd Neumann MdB erläuterte, dass die Novellierung nun schnell umgesetzt werden müsse und sich derzeit in der Ressortabstimmung befinde. Danach werde das Kabinett damit befasst. Die Stiftung unter dem Dach des renommierten Deutschen Historischen Museums zu belassen, sei richtig, denn es ginge um eine staatliche Gedenk- und Dokumentationsaufgabe. Neumann stellte den deutlichen Zugewinn dar, den die Stiftung durch die Änderung erhalte, da nun die Vertreibungsgebiete mit sechs BdV-Sitzen

im Stiftungsrat besser abgedeckt werden könnten. Zudem würde die Stiftung insgesamt aufgewertet, da die Mitglieder des Stiftungsrates nun alle durch den Bundestag gewählt würden.

In der 17. Legislaturperiode käme aufgrund der Sanierung des Deutschlandhauses, zukünftiger Sitz der Stiftung, ein Spatenstich nicht in Frage. Man überlege aber zu Beginn des Architektenwettbewerbs eine entsprechende Symbolhandlung vorzunehmen. Die für die Sanierung notwendigen Entscheidungsunterlagen Bau müssten nach dem Kompromiss jetzt zügig umgearbeitet werden. Die nächste Stiftungsratssitzung liefe noch nach der alten Regelung, da Personalentscheidungen anstünden.

# „Versöhnung ohne Betroffene muss scheitern“

Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Günter Krings MdB zur Koalitionsvereinbarung mit Bundesregierung und Bund der Vertriebenen zur „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“



Dr. Günter Krings MdB

Es ist erfreulich, dass für dieses wichtige Projekt eines ehrlichen Umgangs mit der deutschen und europäischen Geschichte nunmehr alle Hindernisse aus dem Weg geräumt sind. CDU/CSU, FDP, Kulturstaatsminister Neumann und dem Bund der Vertriebenen ist ein kluger Ausweg aus einer schwierigen Situation gelungen. Denn der Bundestag ist das richtige Gremium zur Bestätigung der Beiratsmitglieder. Die zusätzlichen Stiftungsratsplätze für den Vertriebenenverband

bestätigen seine zentrale Rolle bei dem Stiftungsprojekt. Dabei ist eines deutlich geworden: Eine von außen verordnete Versöhnung unter Ausschluss der Betroffenen - so wie sie sich die SPD offenbar vorstellte - muss scheitern.

Allen voran ist aber der Vorsitzenden des BdV Erika Steinbach zu danken, die den gefundenen Kompromiss überhaupt erst ermöglicht hat. Ohne sie hätte es die Einigung nicht gegeben. Und was oft verkannt wird: Ohne sie hätte es diese Stiftung nicht gegeben, die das Thema Vertreibung aufarbeiten wird ohne jede Relativierung deutscher Verbrechen, aber auch ohne jede Beschönigung dieser Erfahrung.

## Mit krimineller Energie gegen Vertriebenenstiftung!

Klaus Brähmig MdB zum gefälschten Internetauftritt der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Die Gegner der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ schrecken selbst nicht vor Fälschungen zurück: so wurde eine gefälschte Internetseite der Stiftung, die eine Bundeseinrichtung ist, ins Netz gestellt und es wurden sogar Pressemitteilungen unter falschem Namen versandt. Angesichts des allgemein anerkannten Stiftungszwecks, an die Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen am Ende des Zweiten Weltkrieges zu erinnern und den Betroffenen

einen Ort des Gedenkens zu geben, ist es ungeheuerlich, mit welcher krimineller Energie versucht wird, dieses Projekt zu torpedieren, welches 2008 vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Die Vertriebenenpolitiker der Union werden sich weiter engagiert dafür einsetzen, dass die Stiftung in dieser Legislaturperiode im Berliner Deutschlandhaus errichtet wird.

## Kritik an Vertriebenen-Stiftung unverständlich

Klaus Brähmig MdB über die Rücktritte von Kaiserová und Hirsch aus dem wissenschaftlichen Beraterkreis

Die Gruppe der Vertriebenen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich nach wie vor dafür ein, dass sich an der Stiftung ausländische Experten beteiligen. Damit wird der internationale Aspekt von Flucht und Vertreibung herausgestellt. Wir unterstützen ausdrücklich das Vorhaben von Staatsminister Neumann, im Zuge der Novellierung des Stiftungsgesetzes auch den Wissenschaftlichen Beraterkreis neu zu bilden sowie zu erweitern.

Der Rückzug der beiden Historikerinnen Kristina Kaiserová und Helga Hirsch aus dem Wissenschaftlichen Beraterkreis ist für uns unverständlich. Dies gilt auch für die jüngste Kritik an der Stiftung. Sie stellt einen Versuch dar, das Projekt zu diskreditieren.

So werfen Wolfgang Thierse und Angelica Schwall-Düren ausgerechnet der Bundesregierung die „einseitige Besetzung“ der Stiftungsgremien vor, obwohl gerade Frau Schwall-Düren als bisheriges Stiftungsratsmitglied über die Berufung der Vertreter des Wissenschaftlichen Beraterkreises mitentschieden hat.

Der Vorwurf der einseitigen Politisierung trifft nicht zu. Auch der grundsätzliche Vorbehalt gegenüber der Stiftung, hier werde Geschichte umgeschrieben oder der Zweite Weltkrieg neu interpretiert, entbehrt jeglicher Grundlage. Der Bundestag hat 2008 mit den Stimmen der SPD den Stiftungszweck unmissver-

ständlich festgelegt, „im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten.“

Der Vorwurf, auch des Historikers Erich Später, die Konzeption der Stiftung diene nun dem Bund der Vertriebenen – der zudem nur sechs von 21 Stiftungsratsmitgliedern stellen soll – dazu, „eine alternative Sicht des Zweiten Weltkrieges, der Shoa und des Vernichtungskrieges zu installieren“, ist daher reinster Unfug und einer sachlichen Debatte vollkommen abträglich. Angesichts der verantwortungsvollen Aufgabe, das zentrale Gedenkvorhaben des Bundes zu Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert wissenschaftlich zu begleiten, haben mögliche persönliche Animositäten oder eigene Interessen zurückzustehen.



Klaus Brähmig MdB

# Hochkreuz und ewige Flamme: Studie über die Vertriebenenendenkmäler in Deutschland

Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft bis 2011

Nach Angaben des Bundes der Vertriebenen (BdV) gibt es in Deutschland heute über 1.400 Vertriebenenendenkmäler. Eine erste quantitative Auswertung der vom BdV dokumentierten Denkmäler ergibt, dass in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich Vertriebenenendenkmäler errichtet wurden. Eine erste Hochphase von Denkmalerrichtungen lag in den 1950er Jahren, die in den nachfolgenden Jahrzehnten schwächer wurde, bevor in den 1980er Jahren ein neuer Denkmalsboom einsetzte, der in den 1990er Jahren wieder etwas nachließ. Ob und inwiefern sich Vertriebenenendenkmäler in dieser Zeit formal und inhaltlich verändert haben, ist Gegenstand des DFG-Forschungsprojektes „Vertriebenenendenkmäler in der bundesdeutschen Erinnerungskultur“ an der Universität Oldenburg.

Laut der Beschreibung des Projektes, welches bis 2011 läuft und von Dr. Stephan Scholz durchgeführt wird, sollen aber nicht nur Aussagen über die zahlenmäßige Konjunktur, sondern auch über das Wechselverhältnis von Denkmalerichtungen und der politischen sowie sozialen Entwicklung möglich werden. Erst eine genauere Untersuchung kann zeigen, ob und wie z.B. die zunehmende Integration der Vertriebenen oder die neue Ostpolitik Willy Brandts mit einer faktischen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie oder schließlich die deutsche Wiedervereinigung mit der offiziellen Anerkennung des Gebietsverlusts 1989 Auswirkungen auf das öffentliche Gedenken an Flucht und Vertreibung im Denkmal hatten.

Vertriebenenendenkmäler dienen in der Regel mehreren Zwecken, die im Einzelfall aber meistens miteinander verschränkt und nur selten genau zu unterscheiden sind. Die Funktion des Totengedenkens vermischt sich in der Regel mit weiteren Funktionen: der Erinnerung an die Vertreibung als Verlusterfahrung, der Erinnerung an die alte Heimat im Osten, der Erinnerung an die historische und auch weiterhin beanspruchte Zugehörigkeit der verlorenen Territorien zu Deutschland, der Erinnerung an die Bedeutung des verlorenen Ostens für die historische und nationale Identität der Deutschen und schließlich der Mahnung, all diese Formen der Erinnerung aufrechtzuerhalten. Welche Funktion ein Vertriebenenendenkmal tatsächlich erfüllt, hängt zum einen von der gewählten Form, Symbolik und Inschrift ab: Typische Formen wie Wegweiser oder Hochkreuze, figurale Darstellungen von Flüchtlingstrecks oder von Frauen mit Kindern, Erd- und Natursymbolik oder ewige Flammen verweisen auf unterschiedliche Erinnerungszwecke. Die praktizierte Form der Erinnerung hängt aber noch stärker von der konkreten Nutzung ab, d.h. von den Reden und Ritualen, die an einem Denkmal gehalten und vollzogen werden und die die Erinnerung immer wieder neu aktualisieren und konstruieren.

Die Vermischung der Erinnerungszwecke der Vertriebenenendenkmäler ist auch ein Resultat der Heterogenität der Adressaten dieser Denkmäler. Handelt es sich doch in der Regel dabei sowohl um den Kreis der durch Flucht und Vertreibung Betroffenen als auch um die Aufnahmegesellschaft und schließlich die Deutschen als Nation insgesamt. Infolgedessen haben Vertriebenenendenkmäler häufig gleichzeitig so unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Ziele wie

Bewältigung des persönlichen Schicksals, Erleichterung der Beheimatung und Förderung der Integration; Aufrechterhaltung des Rückkehrwunsches, des Bewusstseins von der Zugehörigkeit der verlorenen Ostgebiete und Mahnung zu einer Revision der Grenzen; Anerkennung der Vertreibung als historisches und menschliches Unrecht sowie des Opferstatus' der Vertriebenen.

Letzteres, die Anerkennung und Würdigung der Vertriebenen als Opfer eines nicht zu legitimierenden Unrechts, scheint immer mehr an Gewicht gewonnen zu haben, je mehr das Motiv der territorialen Revision nach faktischer und offizieller Anerkennung der Grenzen abgenommen hat. Die Form der Erinnerung orientiert sich also auch hier stark an Gegenwartsinteressen. Der Status der Vertriebenen als Opfer war schon immer ein auch durch Denkmäler thematisierter Punkt. Dabei ging es nicht allein um die Vertriebenen, sondern auch um die Erinnerung der Deutschen als Täter oder Opfer insgesamt. Vertriebenenendenkmäler sind somit immer auch ein geschichtspolitisches Mittel gewesen, mit dem sowohl kollektive Geschichtsbilder als auch Selbstbilder gleichzeitig mitbestimmt und zum Ausdruck gebracht wurden und werden.

Die Analyse einer größeren Zahl von Vertriebenenendenkmälern, ihrer Form, ihrer konkreten Entstehungs-, Errichtungs- und Nutzungsgeschichten soll daher nicht nur eine Rekonstruktion der bundesdeutschen Erinnerung an die Vertreibung, sondern auch an den Zweiten Weltkrieg und die Rolle der Deutschen darin insgesamt ermöglichen. Dazu soll eine repräsentative Zahl von Vertriebenenendenkmälern untersucht werden. Die Geschichte der bundesdeutschen Erinnerung an Flucht und Vertreibung insgesamt ist derzeit noch ein Forschungsdesiderat, das in den letzten Jahren zunehmend erkannt und bearbeitet wird. Das Projekt soll über das Medium der Vertriebenenendenkmäler auch dazu einen essentiellen Beitrag leisten.

## Literatur

Stephan Scholz: Flucht und Vertreibung im Denkmal. Ein Projekt zur bundesdeutschen Topographie der Erinnerung, in: *Inter Finitimos* 7 (2009) (i.E.)

„Heute erinnert mich nichts mehr daran“ - Vertriebenenendenkmäler und Denkmalinitiativen in Oldenburg 1951 - 2008, in: *Oldenburger Jahrbuch* 109 (2009), S. 167 - 199

„Opferdunst vernebelt die Verhältnisse“ - Religiöse Motive in bundesdeutschen Gedenkortern der Flucht und Vertreibung, in: *Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte* 102 (2008), S. 287 - 313

Das Vertriebenenendenkmal in Oldenburg. Zur Entwicklung der bundesdeutschen Erinnerungskultur, in: *Geschichte Lernen* 121 (2008), S. 41 - 49 (zusammen mit Edda Grafe und Christian Mathis)



Dr. Stephan Scholz

# Das Konzept der Vertriebenenstiftung – Anfang bei 1848 oder 1945?

Gespräch mit Prof. Dr. Manfred Kittel, Gründungsdirektor der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Die Gruppe der Vertriebenen lud Prof. Dr. Manfred Kittel, den Gründungsdirektor der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, in ihre Arbeitssitzung ein, wo Kittel seine Person anhand einiger biographischer Angaben vorstellte, insbesondere seine 17jährige wissenschaftliche Arbeit beim anerkannten Institut für Zeitgeschichte in München. In seiner Habilitation habe er sich etwa sieben Jahre mit der Frage beschäftigt, warum der Nationalsozialismus in seiner Heimat Franken so erfolgreich gewesen war.

Kittel sei über den gefundenen Kompromiss über die Stiftung froh, die Erweiterung der Fläche um 50 Prozent werde sehr hilfreich sein. Durch die Anbindung an das Deutsche Historische Museum sei zudem das Thema mitten in der Gesellschaft und in der deutschen Geschichte angekommen. Bei der Konzeption der Dauerausstellung, die nun anstehe, müsse der wissenschaftliche Beraterkreis einbezogen werden: Fängt man die Ausstellung etwa mit dem Nationalismus, oder noch früher, dem Panslawismus 1848 an, müsse den Besuchern sehr viel erklärt werden. Oder fängt man mit den Vertreibungen 1945 bis 1948 an? Prinzipiell sei eine chronologische Vorgehensweise anzustreben.

Ferner müsse auch die Siedlungsgeschichte der Deutschen behandelt werden, um nachvollziehen zu können, warum diese in die Gegenden des Ostens von Europa überhaupt gelangt seien. Nationalsozialismus und Westverschiebung Polens gehörten ebenfalls dazu, später die Integration der Vertriebenen. Kittel betonte, einen Kurator zu suchen, der diese Themen ästhetisch ansprechend umsetzen könne. Zudem wolle sich Prof. Kittel darum bemühen, Zustiftungen von Privatpersonen zu erwerben, um möglichst viele authentische Zeugnisse präsentieren zu können.



Prof. Dr. Manfred Kittel

## „Sie sind ein Gewinn für unser Bundesland“ 60 Jahre Landesbeirat

Über 700.000 Spätaussiedler nach Nordrhein-Westfalen gekommen



Thomas Kufen Mdl

Zum 60-jährigen Bestehen des Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen hat der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und Vorsitzende des Landesbeirates eine Festschrift herausgegeben, die den Werdegang und die Arbeit des Landesbeirates würdigt und dokumentiert.

„Erstmals haben wir mit der Festschrift ein Werk, das einen Überblick über die verschiedenen Aktivitäten des Landesbeirates gibt. Darin sind die Aufgaben des Landesbeirates und die Wirkung von der Entstehung bis heute dargestellt.

Dokumentiert wird auch ein wichtiger

Teil der jüngsten Geschichte unseres Bundeslandes: die Offenheit und die Bereitschaft, den Menschen, die zu uns kommen, eine neue Heimat zu geben“, so der Integrationsbeauftragte und Vorsitzende des Landesbeirates, Thomas Kufen, bei der Vorstellung der Broschüre.

Als 1948 der erste Beirat erstmals noch als Flüchtlingsausschuss von der Landesregierung berufen wurde, war die Integration der Flüchtlinge und Vertriebe-

nen eine Aufgabe höchster Priorität. Der Beirat übernahm dabei die Funktion, die Landesregierung bei der Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen aus den östlichen Vertreibungsgebieten und später der Flüchtlinge aus der DDR zu beraten und zu unterstützen. „Großen Respekt und Anerkennung verdient dabei die Eigenleistung der Vertriebenen selbst. Denn sie haben mit angepackt und sich eine Zukunft in der neuen Heimat aufgebaut“, betont der Integrationsbeauftragte. Seit 1990 wurde der Aufgabenbereich des Beirates - aufgrund der politischen Veränderungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs - um die Frage der gesellschaftlichen Integration von Spätaussiedlern erweitert.

In den letzten beiden Jahrzehnten sind über 700.000 Menschen mit dem Status „Spätaussiedler“ nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Daher bildet die Förderung der sprachlichen, schulischen, sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler heute den Schwerpunkt der Beiratsarbeit. „Sie sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, ihre Erfahrungen, ihre Werte, ihre Kultur und ihre Kompetenzen sind ein Gewinn für unser Bundesland“, unterstreicht Thomas Kufen.

Die Festschrift kann beim Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, per E-Mail unter [marina.dohna@mgffi.nrw.de](mailto:marina.dohna@mgffi.nrw.de) bestellt werden, oder im Internet unter [www.landesbeirat.nrw.de](http://www.landesbeirat.nrw.de) als Download bezogen werden.

# Eckpunkte für Dauerausstellung der Vertriebenen- Dokumentationsstätte bis Herbst

Kulturstaatsminister Bernd Neumann zum Beschluss des Stiftungsrates



Bernd Neumann MdB

Der Stiftungsrat hat einmütig beschlossen, seine Arbeit und damit die inhaltliche Diskussion über die Konkretisierung der geplanten Ausstellungseinrichtung zielgerichtet fortzusetzen. Mit dieser Entscheidung des Stiftungsrates wird deutlich, dass nun die inhaltliche Arbeit der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in den Mittelpunkt rückt. Der Stiftungsrat hat noch einmal eindeutig festgestellt, dass die im Stiftungsgesetz, welches mit großer Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen wurde, verankerten Zielsetzungen uneingeschränkt gelten.

Die Stiftung bleibt unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums und damit in staatlicher Verantwortung. Zweck der unselbständigen Stiftung ist es, im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten.

Der Erfüllung dieses Zweckes dienen insbesondere die Errichtung, Unterhaltung und Weiterentwicklung einer Dauerausstellung zu Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert, den historischen Hintergründen und Zusammenhängen sowie

europäischen Dimensionen und Folgen. Der Stiftungsrat hat den Direktor, Prof. Dr. Manfred Kittel, gebeten, bis zur nächsten Stiftungsratssitzung im Herbst dieses Jahres Eckpunkte für die Konzeption einer Dauerausstellung vorzulegen. Neben Prof. Kittel und dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Andreas Kossert wurde in der Sitzung Dr. Michael Dormann als Kurator der Stiftung bestellt. Er verfügt über eine langjährige Erfahrung als Ausstellungsgestalter u. a. im Jüdischen Museum Berlin. Damit stehen der Stiftung auch die personellen Ressourcen bereit, um die vor ihr liegende inhaltliche und gestalterische Auseinandersetzung mit ihrem schwierigen Thema leisten zu können.

Zugleich werden die Arbeiten zur Grundsanierung und zum späteren Um- und Ausbau des Deutschlandhauses weiter vorangetrieben. Derzeit wird die ebenfalls vereinbarte Erweiterung der musealen Nutzfläche zu Gunsten der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in die bestehenden Planungsunterlagen für das Gebäude eingearbeitet.

Das Novellierungsverfahren auf Grundlage der Koalitionsvereinbarung zur Neuformierung des Stiftungsrates ist eingeleitet. Dazu gehört die Erhöhung der Mitglieder des Stiftungsrates von 13 auf 21. Darüber hinaus soll die Anzahl der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beraterkreises von neun auf 15 erhöht werden. Es hat sich erwiesen, dass es notwendig ist, das wissenschaftliche Spektrum noch breiter abzubilden, als dies bisher der Fall war. Gerade bei dem sensiblen historischen Vorhaben der Stiftung ist eine profunde und international vernetzte wissenschaftliche Beratung unverzichtbar.

Es ist beabsichtigt, die Novellierung noch vor der parlamentarischen Sommerpause abzuschließen, so dass sich der Stiftungsrat und der Wissenschaftliche Beraterkreis im Herbst konstituieren können.

## Kritik von Stiftungsratsmitglied Korn überrascht – Kurator bestellt

Klaus Brähmig MdB zu den Äußerungen von Salomon Korn, Mitglied im Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im SPIEGEL

Die kritischen Äußerungen von Herrn Korn über die Dokumentationsstätte des Bundes überraschen doch sehr. Korn droht laut dem Hamburger Nachrichtenmagazin nun schon zum zweiten Mal nach einer Stiftungsratssitzung mit Rücktritt, wenn in der geplanten Dauerausstellung das Thema Vertreibung nicht im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und den NS-Verbrechen dargestellt werde. Dabei hat der Stiftungsrat auf seiner letzten Sitzung, an der Herr Korn beteiligt war, nochmals und einstimmig festgehalten, dass die im Stiftungsgesetz verankerten Ziele der Stiftung uneingeschränkt gelten: Zweck der Stiftung ist es, „im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten.“

Zuvor hatte selbst die Bundeskanzlerin in ihrer Rede auf dem kürzlichen BdV-Jahresempfang auf diesen klar definierten Auftrag der Stiftung hingewiesen und

erklärt, dass davon nicht abgewichen werde. Die Aussage von Salomon Korn, die Stiftung werde erst in sieben Jahren eröffnet, entbehrt jeglicher Grundlage. Denn der Stiftungsrat wurde durch Staatsminister Neumann persönlich informiert, dass mit der Eröffnung 2014 zu rechnen sei. Außerdem haben die meisten Stiftungsratsmitglieder die besagte Sitzung als konstruktiv empfunden und ebenfalls einmütig beschlossen, ihre Arbeit und damit die inhaltliche Diskussion über die Ausstellungs- und Dokumentationsstätte zu Flucht und Vertreibung jetzt zielgerichtet fortzusetzen. So bat der Stiftungsrat den Direktor Prof. Kittel bis zur nächsten Sitzung Eckpunkte für die Konzeption der Dauerausstellung vorzulegen. Gleichzeitig bestellte der Stiftungsrat den Historiker Dr. Michael Dormann als Kurator, der über einschlägige Erfahrungen verfügt und bereits große Ausstellungsprojekte – etwa im Jüdischen Museum Berlin – realisierte.

# Wie vermitteln Museen Flucht und Vertreibung?

Erstes internationales Symposium der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im September

Nach Angaben der Bundesvertriebenenstiftung verkünden die Medien dieser Welt es täglich: Millionen von Menschen befinden sich auf der Flucht oder werden vertrieben. Der High Commissioner for Refugees der Vereinten Nationen (UNHCR) spricht für 2008 von knapp 43 Millionen registrierten Flüchtlingen und Vertriebenen. Unsägliches Leid, Gewalterfahrungen, Krankheiten, Tod oder der Verlust der Heimat gehören zu den Auswirkungen. Oft sind es politische oder ethnische Konflikte sowie Kriege, die insbesondere im 20. Jahrhundert weltweit Flucht bzw. Vertreibung ausgelöst haben. In Deutschland ist die Vertreibungsthematik nicht zu trennen von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihren Folgen. Wie vermitteln Museen mit zeithistorischer Ausrichtung die zugrunde liegenden Konflikte und ihre Auswirkungen? Gelingt es ihnen dabei, Empathie für die Opfer zu wecken und gleichzeitig Hintergründe differenziert aufzuzeigen?

Im Spannungsfeld von Ursachen und Folgen von Flucht und Vertreibung, von Gewalt und Leid, von Integrationsleistung, politischer Instrumentalisierung und

Identitätsbildung versuchen Museen aufzuklären. Sie bieten den Besuchenden Möglichkeiten, sich anhand von Exponaten und Texten zu informieren, um Wissen und Verständnis zu mehren. Wie berichten die Museen darüber hinaus über Neuansiedlung und Integration in den Aufnahmegesellschaften? Wie behandeln Ausstellungen die Biographien und die Erinnerungen der Betroffenen?

Das Internationale Symposium will Ausstellungen aus der jüngsten Vergangenheit und Planungen der Gegenwart vorstellen. Dabei soll – ohne historische, regionale oder nationale Besonderheiten zu relativieren – der globale Charakter von Flucht, Vertreibung und Integration deutlich werden. Die Tagung will sich ferner anhand ausgewählter Beispiele der Frage stellen, ob und wie Aufklärung im Geiste der Versöhnung möglich ist.

**Termin:** 16. bis 19. September 2010, **Veranstaltungsort:** Deutsches Historisches Museum Berlin, Zeughauskino, Unter den Linden 2. **Programm** unter: [www.dhm.de/sfvv](http://www.dhm.de/sfvv)

## Koalitionsvertrag unterstreicht Verantwortung für die Deutschen aus dem Osten

Treffen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Christoph Bergner MdB



v.l.: Helmut Sauer, Klaus Brähmig MdB, Dr. Christoph Bergner MdB, Anita Schäfer MdB, Manfred Behrens MdB, Bettina Kudla MdB

Bei einem Grundsatzgespräch in der Gruppe der Vertriebenen betonte Dr. Christoph Bergner MdB wie wichtig es sei, einen engen Schulterschluss zwischen Bundesinnenministerium und CDU/CSU-Fraktion zu halten, da es sich bei diesem Arbeitsfeld um ein Markenzeichen der Union handele. Der Koalitionsvertrag stelle eine gute Arbeitsgrundlage dar, weil die besondere Verantwortung für die Deutschen aus dem bzw. im Osten unterstrichen worden sei. Es ginge nicht um irgendeine Integrationspolitik, sondern um einen wichtigen Teil aus moralischer Verpflichtung gemäß dem Kriegsfolgenschicksal. Daher sei er auch für eine bessere Verzahnung mit der Außenpolitik, etwa im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik, welche unter Rot-Grün sehr gelitten habe und der Begriff „deutsche Minderheit“ gar nicht vorkomme. Bei der Frage, welche Rolle die

autochthone deutsche Minderheit spiele, gebe es hinreichend Diskussionsbedarf. Im Bundesinnenministerium sei die frühere Unterabteilung Vertriebene mit dem Russlanddeutschen-Referat und der GUS-Hilfe zusammengelegt worden. Zum Thema Integration führte Bergner aus, dass nach der Berliner Studie bekanntlich die Russlanddeutschen am besten integriert seien. Aber diese würden eben nicht als Deutsche akzeptiert, daher trete eine nachträgliche Entfremdung ein. Daher strebt er an, das deutsch-russische Element nachhaltig zu stärken. Beim Bundesvertriebenengesetz stehe eine Novellierung an bei der Familienzusammenführung und bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen.

# Ausrichtung der Gruppe in der 17. Legislaturperiode

Gespräch mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Günter Krings MdB



v.l.: Sven Oole, Anita Schäfer MdB, Dr. Günter Krings MdB, Klaus Brähmig MdB, Dr. Christoph Bergner MdB

Die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler erörterte mit dem Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. Günter Krings MdB ihre Ausrichtung in der 17. Legislaturperiode. Krings äußerte, dass es bei dieser soziologischen Gruppe um ein wichtiges Thema gehe, was er aus eigener Anschauung aus seinem Kreisverband bestätigen könne. So komme er zwar aus dem tiefsten Westen Deutschlands nahe der holländischen Grenze und habe keinen familiären Vertreibungshintergrund, dennoch sei er bei seinem Eintritt in die CDU aus grundsätzlichen Erwägungen gleichzeitig der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (DMV) beigetreten, welche die CDU und CSU in ihrer Arbeit für die Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler unterstütze und ihnen jegliche Unterstützung im Ringen um soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung gebe.

Krings zeigte Verständnis für das Anliegen der Gruppe, die deutschen Minderheiten entsprechend den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages als weiteren Schwerpunkt aufzugreifen. Ebenfalls bekräftigte Dr. Christoph Bergner MdB die Überlegungen der Gruppe, da sich aus dem Kriegsfolgeschicksal eine Einheit aus Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten ergebe und damit der dahinter stehende Solidaritätsgedanke verstärkt werde.

Außerdem diskutierte die Gruppe mit Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Günter Krings die anstehenden Aufgaben der Vertriebenenpolitik in den nächsten Jahren, für die er seine Unterstützung zusicherte.

## TV-Doku über Massaker an Deutschen 1945 in Prag

Klaus Brähmig MdB zum Dokumentarfilm „Abschlachten auf Tschechisch“  
des öffentlich-rechtlichen Prager Nachrichtensenders ČT24

Der neue tschechische Dokumentarfilm über die Gräueltaten an Deutschen im Mai 1945 bringt die Aufarbeitung der Ereignisse am Kriegsende in osteuropäischen Ländern einen wesentlichen Schritt voran.

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Tschechien zeigte kürzlich zur Hauptsendezeit den Film von David Vondráček mit dem Titel „Abschlachten auf Tschechisch“, der auf bislang verstecktem Bildmaterial beruht und erstmals belegt, wie brutal mit deutschen Zivilisten im Frühjahr 1945 umgegangen wurde. Tschechische Historiker bestätigen die Echtheit der Amateur-Aufnahmen, wel-

che etwa die Massenerschießungen von Deutschen dokumentieren. Infolge der durch die schrecklichen Bilder ausgelöste Kontroverse thematisierte die konservative Tageszeitung „Lidové noviny“ zu Recht, ob diese Gewalttaten bis heute straffrei sein dürften. Nach 65 Jahren sei nicht allein die Brutalität aus dem Mai 1945 problematisch, sondern auch die Tatsache, dass Tschechien immer noch die Beneš-Dekrete und das Amnestiegesetz von 1946 verteidige, welche diese Verbrechen im Nachhinein abgesegnet hätten.

# Chance für neue Entspannungspolitik in Ostmitteleuropa nutzen!

Klaus Brähmig MdB zum diesjährigen Gedenken an Katyn und zur Flugzeugkatastrophe von Smolensk

Das diesjährige Gedenken an Katyn und die Tragödie von Smolensk haben zu einer Annäherung zwischen Polen und Russland geführt, die lange nicht für möglich gehalten wurde. Diese Annäherung eröffnet die Chance für eine neue Entspannungspolitik in ganz Ostmitteleuropa, welche jetzt genutzt werden sollte. So hat Präsident Putin erstmals öffentlich bekannt, dass die durch Rotarmisten 1940 verübten Morde an 22.000 polnischen Offizieren ein durch nichts zu rechtfertigendes Verbrechen war.

Darüber hinaus hat das Oberste Gericht Russlands jüngst entschieden, einer Klage der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ auf Öffnung der Akten von

Katyn stattzugeben, wodurch endlich die juristische Aufklärung des Massenmordes ermöglicht wird.

Die Gruppe der Vertriebenen begrüßt diese Entwicklungen außerordentlich und setzt sich dafür ein, in dieser Legislaturperiode auch die schon engen Beziehungen Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn noch weiter zu vertiefen. Gelegenheit dazu bietet sich etwa 2011 im Rahmen des 20-jährigen Jubiläums des Deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages, um eine Bewertung vorzunehmen und mögliche Defizite zu beheben.

## Flüchtlingsbaracke soll in Dauerausstellung - Tagebuch über den BdV-Frauenverband beschafft

Gespräch mit Prof. Walter Hütter, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland



v.l.: Sven Oole, Manfred Behrens MdB, Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Klaus Brähmig MdB, Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Die Gruppe der Vertriebenen erörterte mit Prof. Hütter das Konzept der neuen Dauerausstellung des Hauses der Geschichte (HdG) der BRD in Bonn. Hütter erklärte, das Thema Flucht und Vertreibung solle dort auch mit Emotion dargestellt werden, aber auf wissenschaftlicher Basis. Die damalige Wechselausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ auf 650 bzw. 800 Quadratmeter Fläche mit 230.000 Besuchern habe inhaltlich wie gestalterisch Standards gesetzt. Der Begleitband, der auch ins Polnische übersetzt wurde, sei noch immer die aktuellste Publikation auf dem Gebiet. Die damals gezeigte Flüchtlingsbaracke solle nun in die Dauerausstellung integriert werden, wie auch ein über den BdV-

Frauenverband beschafftes Tagebuch. Bei den dazu gekommenen sechs bis 12 Zeiteugenberichten müsse nun eine Auswahl getroffen werden. Hütter erklärte, dass das HdG auch Startprobleme gehabt habe, als seinerzeit der Historikerstreit tobte und der Verdacht geäußert wurde, das HdG würde die NS-Verbrechen verstecken wollen. Die Novelle der „Stiftung Flucht, Vertreibung Versöhnung“ (SFVV) sehe er übrigens positiv, zudem die vergrößerten Gremien immer noch kleiner als die des HdG seien, wo das Kuratorium derzeit aus 48 und der Beirat aus 25 Mitgliedern bestehe. Er empfiehlt, zu prüfen, was schon in anderen Museen zu dem Thema Flucht und Vertreibung vorhanden sei.



# Unter den Vertriebenen litten die Bauern am meisten – die „Wahrheit muss auf den Tisch“

Treffen mit Vorstandsvertretern des Bauernverbandes der Vertriebenen



v.l.: Sven Oole, Dr. Arwed Blomeyer, Christian Walter, Manfred Behrens MdB, Anita Schäfer MdB, Reinhard Junker, Klaus Brähmig MdB

Die Gruppe der Vertriebenen sprach mit dem Präsidenten des Bauernverbandes der Vertriebenen (BVdV), Christian Walter, und Geschäftsführer Dr. Arwed Blomeyer über die Belange ihrer Organisation. Walter erklärte, unter den Vertriebenen hätten die Bauern am meisten gelitten, da diese neben ihrer Heimat auch ihre Existenzgrundlage - Hof und Land - verloren hätten. Er referierte die Geschichte des Verbandes, der 1950 gegründet worden sei und vormals in der BRD 400.000 Bauern vertreten hätte. Doch die meisten Bauern mussten in andere Berufe ausweichen, was ihnen naturgemäß sehr schwer gefallen sei.

Heute ermögliche der BVdV, so Blomeyer, Landwirten in den ehemaligen Ostgebieten etwa den Besuch der Grünen Woche. Zur Eigentumsfrage führte Walter aus, dass immer noch eine korrekte Regelung die wichtigste Forderung des BVdV sei. Der Schutz des Privateigentums gehöre schließlich zu den Menschenrechten. Der polnische Priester seines ehemals deutschen Heimatortes habe ihn explizit nach den Vertreibungsverbrechen befragt. Daher sei für die Versöhnung der Ausspruch von Erika Steinbach absolut richtig: „Die Wahrheit muss auf den Tisch“.

## 50. Hessentag in Stadtallendorf - Abschied von Roland Koch

Kulturförderung und Integrationsbemühungen werden in Hessen fortgeführt

Auf dem 50. Hessentag in Stadtallendorf verabschiedete sich Ministerpräsident Roland Koch von den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern, wies aber darauf hin, dass man sich bestimmt bei Gelegenheit sehen werde. Zur Frage, wie es weitergehe, könne er versprechen, dass die Kultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in Hessen weiter gefördert werde. Ebenso die Integration der Spätaussiedler. Dieser Freiraum und diese Sicherheit gelte auch für die Zukunft. „Ich habe bei unseren Begegnungen bei ihnen immer etwas gefunden, nämlich die Fähigkeit, neue Brücken zu bauen, auch Brücken zu einem neuen Europa“, so Roland Koch abschließend. Der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen,

Alfred Herold, erinnerte daran, dass der Hessentag eigentlich nicht vor 50 Jahren geboren wurde, sondern bereits Jahre vorher bei einem Sudetendeutschen Tag in Frankfurt mit 300.000 Besuchern, an dem auch Ministerpräsident Georg August Zinn teilgenommen habe. Damals sei die Idee eines Landesfestes mit identitätsstiftender Wirkung entstanden. „Der Hessentag und die Vertriebenen gehören zusammen und die Charta der deutschen Heimatvertriebenen hätte den Friedensnobelpreis verdient. Vielen Dank für alles, Herr Ministerpräsident, vielen Dank Roland Koch“, so Alfred Herold in seinen Dankesworten.

# Deutschlands historische Verantwortung für Aussiedler und deutsche Minderheiten

Staatssekretär Dr. Christoph Bergner auf dem Heimattag 2010 der Siebenbürger Sachsen



Dr. Christoph Bergner MdB

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner (CDU), hat in seiner Festansprache in Dinkelsbühl die besondere geschichtliche Verantwortung Deutschlands sowohl für die aus Rumänien ausgesiedelten Deutschen, die heute in der Bundesrepublik leben, als auch für die deutsche Minderheit in Rumänien bekräftigt. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern würdigte die kulturellen und zivilgesellschaftlichen Brücken, welche die Siebenbürger Sachsen nach Rumänien schlagen, dessen Rede hier in Auszügen dokumentiert wird:

Die Heimattage demonstrieren in eindrucksvoller Weise die siebenbürgisch-sächsische Kultur und Ihre landsmannschaftliche Verbundenheit. Ich gratuliere Ihrem Verband zu diesem gelungenen Treffen und ich danke allen, die sich für diese Veranstaltung eingesetzt haben und dabei mitwirken. Es ist mir eine besondere Freude, Ihnen die Grüße und guten Wünsche der Bundesregierung, namentlich unseres Bundesinnenministers Dr. Thomas de Maizière, überbringen zu können, und ich darf einen besonderen Gruß der kollegialen Verbundenheit des deutschen Bundesinnenministers Ihnen, Herr Minister Blaga, überbringen. Dass Sie hier sind, ist nicht nur ein Zeichen der Verbundenheit mit Ihren früheren Landsleuten, sondern auch ein erfreuliches Zeichen der Verbundenheit zwischen Ihrem Land und der Bundesrepublik Deutschland.

Als Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten in Deutschland möchte ich noch einen besonderen Dank anschließen für das Verständnis, das Sie Ihren früheren Landsleuten bei der Lösung praktischer Probleme entgegengebracht haben und für die einladende Haltung der Kooperation mit Ihrem Lande, die auch in Ihrer Rede deutlich geworden ist. Ich glaube für jeden, der die Geschichte länger verfolgt, ist klar: Sie haben heute mit Ihrer Rede ein historisches Zeichen gesetzt. Dafür herzlichen Dank.

Ich möchte diesen Heimattag auch nutzen, um die Versicherung der Bundesregierung zu verdeutlichen, dass wir uns auch in Zukunft mit den Deutschen aus Rumänien, mit den Siebenbürger Sachsen, die ihre über 850 Jahre alte eigenständige Kultur und Geschichte haben, verbunden fühlen. Und dies gilt auch für die Banater Schwaben, deren Landsmannschaftstreffen ich heute Nachmittag in Ulm besuchen werde. Dies gilt für alle Aussiedler und deutsche Minderheiten, es gilt für die Nachfahren der Deutschen, die im Zuge der europäischen Siedlungsgeschichte in die Landschaften Mittelost- und Osteuropas von der Wolga bis in den Banat gerufen wurden, als Siedler, Bauern, Handwerker, Bergleute, um dort zu leben und ihren Beitrag zum Aufbau des Gemeinwesens zu leisten, und die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges für die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Aggression Hitlers in kollektive Haftung genommen wurden, nicht weil sie für diese Gräueltaten unmittelbar verantwortlich, sondern weil

sie Deutsche waren. Und deshalb hat der deutsche Staat neben der Verpflichtung der Wiedergutmachung und Versöhnung gegenüber den Opfern nationalsozialistischer Gewaltherrschaft auch immer die Verpflichtung zur Solidarität mit denen, die den Konsequenzen kollektiver Schuldzuweisungen ausgesetzt waren, weil sie als deutsche Minderheit im Ausland lebten. Und deshalb steht in unserer Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2009: „Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung für die Deutschen aus den Staaten in Mittelost- und Südosteuropa sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die als Aussiedler zu uns gekommen sind oder als deutsche Minderheiten in diesen Ländern leben.“ Wir werden daher die Förderung der deutschen Minderheiten fortsetzen.

Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, dass ich diese programmatischen Sätze an einem solchen Festtag zitiere, an dem Tanz, Musik und Trachten im Vordergrund stehen. Aber wir befinden uns in einer Zeit der Jubiläen. Im letzten Jahr haben Sie das sechzigjährige Verbandsjubiläum gefeiert. Diesmal schmückt die Einladung der Hinweis auf 60 Jahre Siebenbürgische Zeitung und 25 Jahre Partnerschaft zu Dinkelsbühl.

In solchen Jubiläumszeiten stellt sich die Frage: Wie geht es weiter? Wir möchten die Frage mit einer doppelten Antwort der Bundesregierung beantworten. Wir möchten sie beantworten, indem wir bei der Zusage bleiben: Es bleibt bei einer besonderen Verbundenheit zu Ihnen, den Rumäniendeutschen in Deutschland, hier den Siebenbürger Sachsen, und den Deutschen in Rumänien. Es gibt eine besondere geschichtliche Zusammengehörigkeit und Verpflichtung zur Solidarität. Die zweite Aussage lautet: Wir setzen darauf, dass Sie als Vertriebene und Aussiedler gemeinsam mit den deutschen Minderheiten einen besonderen, eigenständigen Beitrag leisten können, kulturelle, zivilgesellschaftliche und natürliche Brücken in die Herkunftsstaaten, in Ihrem Fall nach Rumänien, zu schlagen. Ich glaube, dass diese zivilgesellschaftlichen und kulturellen Brücken, die menschlichen Kontakte in ihrer Vielfalt aktuell eine besondere Bedeutung in der Europäischen Union haben.

Wir spüren in diesen Tagen bei den Debatten um Geldwertstabilität und Hilfsaktionen für die Haushalte der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, dass das zusammenwachsende Europa auch ein gemeinsames europäisches Identitätsbewusstsein braucht. Denn das Gemeinschaftsgefühl erwächst nicht aus Kommissionsrichtlinien, Strukturfonds oder Stabilitätsauflagen, so wichtig diese alle sein mögen. Ein gemeinschaftliches, die Staatsgrenzen übergreifendes europäisches Identitätsgefühl hat viele Bausteine. Einer der Bausteine ist die Vielfalt europäischer Siedlungsgeschichte, als Landesherren im zwölften und später im 17. und 18. Jahrhundert deutsche Siedler in das heutige Rumänien riefen, wo sie eine eigenständige Kultur entwickelten, gute Nachbarschaft pflegten, mit allen Besonderheiten, die wir als gemeinsames, europäisches Kulturerbe betrachten dürfen.

„Europa braucht die kulturelle Kraft der Siebenbürger Sachsen“, habe ich auf Ihrem Heimattag 2006 an gleicher Stelle gesagt. Diese Aussage hat aus meiner Sicht eher an Bedeutung gewonnen. Wenn das gilt, dann haben Sie mit Blick auf unsere gemeinsame europäische Zukunft auch eine besondere Verpflichtung, Ihr kulturelles Erbe der Siebenbürger Sachsen zu pflegen, zu bewahren und mit

Ideen und Leitbildern auszustatten, die in die Zukunft weisen. Dies geschieht auf vielerlei Weise, aber an prominenter Stelle hier in Dinkelsbühl. Man möchte der Stadt, Herr Oberbürgermeister, anlässlich der 25-jährigen Partnerschaft nicht nur gratulieren, sondern ihr zurufen: Sie erfüllen eine Aufgabe von europäischer Dimension. Und ähnliche Glückwünsche gehen an die Siebenbürgische Zeitung als einem Vermittlungsorgan mit dem Internetportal, das auch Brücken zwischen Rumänien und Deutschland, innerhalb Deutschlands, aber auch nach Übersee schlägt.

Ganz besonders möchte ich die Arbeit ihres Verbandes würdigen. Lieber Herr Fabritius, Sie sind ein wichtiger Partner für die Bundesregierung, wenn es um die Interessen von Aussiedlern geht und „Gemeinsam unterwegs“ – das Motto dieses Heimattages – gilt aus meiner Sicht auch für unsere Zusammenarbeit.

Eine Entwicklung, die nach meiner Beobachtung jüngeren Datums ist, freut mich außerordentlich. Vor zwei Jahren hat an dieser Stelle Klaus Johannes gesprochen, im letzten Jahr Martin Bottesch, Vertreter des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien. Sie, Herr Fabritius, waren im Januar dieses Jahres bei der Jahresplanungskonferenz des Bundesinnenministeriums für die deutsche Minderheit in Rumänien dabei. Ich glaube, aus alldem und auch aus dem Umstand, dass heute der Stadtpfarrer und Bezirksdechant aus Mediasch den Gottesdienst gehalten hat, können wir schließen: Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass der Verband hier und die deutsche Minderheit in Rumänien sich immer mehr als Einheit begreifen, und dies kann ich nur begrüßen. Botschafter Comănescu und ich haben daraus eine wichtige Schlussfolgerung gezogen, indem wir gesagt haben, in der nächsten Regierungskommission, die im September in Hermannstadt stattfinden wird, sollten nicht nur die Vertreter der deutsche Minderheit in Rumänien, sondern auch jene der beiden Verbände, der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen, anwesend sein, denn wir wollen gemeinsam über Brücken und über gemeinsame Interessen beraten.

Ich glaube, dieses Verständnis der Zusammengehörigkeit kann helfen Herausforderungen zu bewältigen. Ich nenne drei Gesichtspunkte. Erstens: Die Zusammengehörigkeit ist für das Identitätsgefühl der Rumäniendeutschen hier in Deutschland sehr wichtig. Mir hat ein Aussiedler, ein Russlanddeutscher in dem Fall, ein Jugendlicher, der hier studiert hat und voll integriert ist, einmal gesagt: „Aussiedler in Deutschland, das sind Deutsche ohne Bundesland.“ Sie werden mir vielleicht widersprechen, weil jeder in Bayern oder andernorts schon Wurzeln geschlagen hat, aber die eigentlichen Herkunftswurzeln scheinen dies im Verständnis vieler, auch Jugendlicher, noch nicht zu sein.

Zweitens: Diese Gemeinsamkeit ist aber auch wichtig für die deutsche Minderheit in Rumänien, die viel über ihre Zukunft nachdenkt, Thesen formuliert und diskutiert. Ich glaube, dass diese Partnerschaft Hilfe sein kann. Dabei geht es nicht darum, Vergangenes museal zu konservieren, sondern nach gemeinsamen Leitbildern für die Zukunft zu fragen. Auch für die deutsche Minderheit in Rumänien freue ich mich über die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit.

Drittens, und das ist mir wichtig: Diese Gemeinsamkeit ist ein Baustein für das gemeinsame Europa. Als Vertreter der Bundesregierung und Mitglied des Bundestags habe ich die letzten Wochen in großer Aufregung verbracht. Wir beraten über finanzpolitische Rettungsschirme. Gleichzeitig gelten Sparauflagen für öffentliche Haushalte unterschiedlicher Länder, von denen auch Rumänien betroffen ist. Während hier in Deutschland über die Frage diskutiert wird, ob das unter Umständen nicht zu viel an Solidarität ist, erleben wir auf der anderen Seite, dass politisch Verantwortliche schwere Lasten und komplizierte Entscheidungen zu tragen haben. In dieser Situation wird deutlich, dass die Netzwerke, die Europa zusammenhalten, nicht nur in staatlichen Kreditzusagen bestehen können, sondern dass Europa auch Netzwerke der Anteilnahme, des Verständnisses für gesellschaftliche Herausforderungen und für Probleme mit ihren historischen Wurzeln braucht.

## Koalition unterstreicht mit Novellierung zur Vertriebenen-Stiftung nationale Bedeutung

Klaus Brähmig MdB zur 2./3. Lesung im Deutschen Bundestag



Klaus Brähmig MdB

Die christlich-liberale Koalition unterstreicht mit der Novellierung die nationale Bedeutung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und ihre staatliche Aufgabe, das millionenfache Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen zu dokumentieren. So bleibt das Gedenkvorhaben des Bundes zu Flucht und Vertreibung unter dem Dach des renommierten Deutschen Historischen Museums und die Stiftung vergrößert in den beiden maßgeblichen Gremien ihr gesellschaftliches wie wissenschaftliches Fundament: Der Stiftungsrat wird von 13 auf

21 Mitglieder erweitert, die nun nicht mehr durch das Bundeskabinett bestellt, sondern alle durch den Bundestag gewählt werden. Dabei verdoppeln sich die Sitze des größten Opferverbandes, des BdV, von drei auf sechs, womit die Herkunftsgebiete der deutschen Heimatvertriebenen deutlich besser repräsentiert werden können. Der wissenschaftliche Beraterkreis wird ebenfalls von neun auf bis zu 15 Mitglieder aufgestockt, in dem nach wie vor auch ausländische Exper-

ten sehr willkommen sind. Die Kritik der Opposition, hier gehe es um Erpressung durch den BdV oder Geschichte solle umgeschrieben werden, ist vollkommen ungerechtfertigt. Denn die Novellierung berührt weder die Mehrheitsverhältnisse – der BdV kann mit lediglich sechs von 21 Stimmen nicht dominant sein – noch den Stiftungszweck.

Da es sich bei der Stiftung um eine Stiftung nach Bundesrecht handelt, muss der jüngste Einwand, Teile der zukünftigen Ausstellungsfläche anderen Staaten zur Verfügung zu stellen, ruhig, aber bestimmt zurückgewiesen werden. Ursache für die notwendige Änderung der gesetzlichen Grundlagen der Dokumentationsstätte war vielmehr die bisherige Konstruktion, welche ein Zugeständnis an den damaligen Regierungspartner darstellte. Erfreulich ist, dass die SPD jetzt immerhin das Anliegen der Heimatvertriebenen, deren Erinnerung soll die Zeitzeugengeneration überleben, nicht nur als legitim, sondern sogar als selbstverständlich anerkannt hat. Bei der absehbaren öffentlichen Debatte um das Konzept der Stiftung, die im Herbst vorgestellt wird, kann jeder vernünftige Diskutant zum Versöhnungsgedanken beitragen, indem er sich tatsächlich an der historischen, statt an einer ideologisierten Wahrheit orientiert.

# Gedenktafel für deutsche Opfer in Postelberg trägt zur Versöhnung bei

Klaus Brähmig MdB zur Einweihung der Plakette im heutigen Postoloprty

Die Gedenktafel für die über 700 erschossenen Männer, Frauen und Kinder 1945 in Postelberg – eines der größten Vertreibungsverbrechen an Sudetendeutschen – trägt entscheidend zur Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen bei.

Großer Dank gebührt den Initiatoren, insbesondere dem Heimatkreis Saaz und dem Förderverein der heutigen Stadt Zatec, die sich seit sieben Jahren mit bemerkenswertem Engagement für dieses Denkmal eingesetzt haben.

Die Tafel ist ein hoffnungsvolles Zeichen für eine wahrheitsgemäße Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte, auch wenn die Inschrift abgemildert wurde. So lautete der ursprüngliche, von einer Kommission unabhängiger Historiker vorgeschlagene Text: „Den Opfern des Postelberger Massakers 1945“. Der

Stadtrat von Postoloprty änderte dies in: „Den unschuldigen Opfern der Ereignisse in Postelberg im Juni 1945“, um keine negativen Emotionen zu schüren.

14 von 18 Stadtverordneten – bei vier Enthaltungen – haben sich schließlich für die Tafel ausgesprochen, deren Kosten allein die Stadt trägt. Die Verordneten erklärten, die Erschießungen seien Gräueltaten gewesen und es sei notwendig, sich zu diesen historischen Ereignissen zu bekennen. In der vorhergehenden Debatte um die Gedenktafel war im Stadtrat auch die Zeit der deutschen Besetzung Tschechiens thematisiert worden. Der unabhängige Stadtverordnete Miloslav Fišer bekräftigte, trotz dieser Zeit habe jeder Hinterbliebene, wer es auch sei, habe das Recht, der Toten zu gedenken.

## Aussiedler: Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen – Gesetz im Herbst

Treffen mit Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer



v.l.: Manfred Behrens MdB, Anita Schäfer MdB, Klaus Brähmig MdB, Dr. Michael Luther MdB, Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, Stephan Mayer MdB, Helmut Sauer, Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Die Gruppe besprach mit Prof. Dr. Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die Ergebnisse des Migrationsberichtes 2008. Böhmer erklärte, Integration müsse zu einem Zukunftsthema in der CDU gemacht werden. So sei die Entscheidung des niedersächsischen Ministerpräsidenten, eine Ministerin türkischer Herkunft zu berufen, sehr positiv. Die einschlägigen Kreise würden anerkennen, was bis jetzt in diesem Feld schon erreicht wurde, wobei Deutschland eine Vorreiterfunktion für Europa einnehme. Böhmer führte aus, dass im Bereich der Anerkennung von im Ausland erwor-

benen Berufsqualifikationen - ein wichtiges Thema bei den Aussiedlern - das Bundesbildungsministerium federführend für den Gesetzesentwurf sei, der in der zweiten Jahreshälfte fertig gestellt werden solle. Das Anerkennungsverfahren solle innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein. Ferner sei eine zeitnahe Einbindung der Aussiedler in die Integrationskurse erstrebenswert. Sie erläuterte das Programm der Bildungspatenschaft mit 130 Standorten und sechs Regionalstellen mit dem Ziel ausländischen Eltern mittels Paten an das deutsche Schulsystem heranzuführen.

# Integration der Spätaussiedler weiter voranbringen – Podolski und Klose Vorbilder

Klaus Brähmig MdB zur Gründung der AG Integration innerhalb der Unionsbundestagsfraktion



Klaus Brähmig MdB

Die Integration der Spätaussiedler muss in Deutschland weiter vorangetrieben werden. Dafür setzt sich die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler in der neuen AG Integration ein, die kürzlich innerhalb der Unionsbundestagsfraktion gegründet wurde.

Seit 1950 sind 4,5 Mio. Aussiedler nach Deutschland gekommen, von denen die meisten gut integriert und eine Bereicherung unseres Landes sind. Beispielsweise

stammen die erfolgreichen Stürmer der deutschen Fußballnationalmannschaft Lukas Podolski und Miroslav Klose beide als Angehörige der deutschen Minderheit aus Polen. Dies geht in der öffentlichen Wahrnehmung oft unter.

Lukas Podolski wurde im Juni 1985 im oberschlesischen Gleiwitz geboren und reiste mit seiner Familie 1987 als Aussiedler nach Deutschland. Miroslav Klose wurde im Juni 1978 im ebenfalls oberschlesischen Oppeln geboren und kam im Alter von acht Jahren 1986 in die Bundesrepublik Deutschland. Trotz dieser vorbildlichen Karrieren besteht Handlungsbedarf, etwa bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen aus der ehemaligen Sowjetunion, um das Potenzial der Spätaussiedler für den Arbeitsmarkt noch besser zu erschließen.

## Westerwelle in Hermannstadt: Leistungen der deutschen Minderheit gewürdigt

Klaus Brähmig MdB zur Reise von Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle nach Rumänien

Die Gruppe der Vertriebenen begrüßt das Signal der Reise des Bundesaußenministers Westerwelle nach Rumänien außerordentlich, der dort die Leistungen der deutschen Minderheit würdigte. Westerwelle unterstrich die „hohe Symbolkraft“ seines Besuchs in Hermannstadt und betonte, es sei entscheidend, dass wir in Deutschland nicht vergessen, dass es hier eine deutsche Minderheit gebe. Ein ebenso positives Zeichen ist die Beteiligung von Vertretern des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland bei den Gesprächen.

Am Beispiel der Siebenbürger Sachsen, die eine vorbildliche Brückenfunktion zwischen Rumänien und Deutschland einnehmen, wird deutlich, dass bei Reisen bundesdeutscher Politiker grundsätzlich Gespräche mit der jeweiligen deutschen Minderheit ins Programm gehören.

Die Gruppe der Vertriebenen wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Koalitionsvereinbarungen, deutsche Minderheiten zu fördern, umgesetzt werden und verstärkt dafür den ihren bestehenden Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit.

Laut Angaben des Auswärtigen Amtes besuchten Westerwelle und seine Delegation im Anschluss an seine politischen Gespräche die deutsche Minderheit in Hermannstadt, rumänisch Sibiu. Der Außenminister sagte dort, sein Besuch sei von „hoher Symbolkraft“. Nach einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister Klaus Johannis und einem Stadtrundgang in der liebevoll restaurierten Altstadt würdigte Westerwelle die Leistungen der noch in Siebenbürgen lebenden deutschen Minderheit.

Hermannstadt wurde wie andere Städte in der Region im 12. Jahrhundert von Siedlern aus dem Rhein- und Moselgebiet gegründet. Diese hatte der damalige ungarische König Geza II. zum Schutz vor Eindringlingen aus dem Osten ins Land gerufen. Die Siedler wurden später aufgrund eines historischen Irrtums „Siebenbürger Sachsen“ genannt und genossen bis ins 19. Jahrhundert weit-

gehende Rechte der Selbstverwaltung. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs war die Stadt mehrheitlich von Deutschen bewohnt, nach dem Exodus der 70er und 80er Jahre und vor allem nach 1990 beträgt der Anteil heute nur noch etwa zwei Prozent.

Westerwelle betonte, die deutsche Minderheit habe „Wurzeln in beiden Kulturen“ und sei damit ein perfektes Bindeglied zwischen beiden Ländern. Er sicherte zu, Deutschland werde auch in Zukunft ein verlässlicher Partner sein.

Der deutschen Minderheit in Rumänien gehören laut Volkszählung 2002 noch gut 60.000 Personen an, doch sinkt die Zahl aufgrund der demographischen

Struktur. Die deutsche Minderheit ist im „Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien“ (DFDR) mit Sitz in Hermannstadt organisiert; Vorsitzender ist der Bürgermeister Klaus Johannis. Die bisher noch sehr guten Deutschkenntnisse in der Minderheit sind zunehmend durch die sich verschlechternde Versorgung mit Deutschunterricht bedroht. Auswärtiges Amt und Bundesministerium des Innern wenden derzeit für Maßnahmen zur Unterstützung der deutschen Minderheit jährlich rund 2,4 Millionen Euro auf.



v.l.: Bürgermeister Klaus Johannis, Außenminister Guido Westerwelle

# Fraktion setzt sich für das „Tor zur Freiheit“ ein

Zentrale Aufnahmestelle des Landes Berlin für Aussiedler / Erinnerungstätte Notaufnahmelager Marienfelde



Der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler, Klaus Brähmig MdB, in Marienfelde

Die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler unterstrich mit dem Besuch der „Zentralen Aufnahmestelle des Landes Berlin für Aussiedler“ (ZAB) sowie der dortigen Erinnerungsstätte „Notaufnahmelager Marienfelde“ die Bedeutung der Themen Flucht und Aussiedlung für die Union.

Das Notaufnahmelager in West-Berlin diente knapp vierzig Jahre lang – von 1953 bis 1990 – als erste und zentrale Anlaufstelle für Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR. Hier wurden sie untergebracht und verpflegt. Hier durchliefen sie auch das Aufnahmeverfahren, um eine Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik einschließlich West-Berlin zu erhalten.

Um die vier Millionen Menschen verließen zwischen 1949 und 1990 die DDR in Richtung Bundesrepublik. 1,35 Millionen von ihnen passierten das 1953 gegründete Notaufnahmelager in Berlin. Das Notaufnahmelager war ein hoch aufgeladener Schauplatz in den Auseinandersetzungen des Kalten Kriegs, an dem die Folgen des SED-Regimes unmittelbar zu spüren waren: Die schiere Zahl und die bewegenden Berichte der Flüchtlinge boten auf dem Boden West-Berlins Einblicke in ostdeutsche Lebenswirklichkeit.

Besonders in der Zeit bis 1961 hatte das Notaufnahmelager als „Tor zur Freiheit“ einen hohen Symbolwert. Westdeutsche und West-Berliner Politiker kamen nach Marienfelde, um demonstrativ ihre Solidarität mit den Flüchtlingen aus der DDR zu bekunden. Für die DDR hingegen war das Aufnahmelager ein „Feindobjekt“, denn hier offenbarte sich die Schwäche des eigenen politischen Systems, das die Menschen massenhaft aus dem Land trieb.

Auf dem Gelände des ehemaligen Notaufnahmelagers befinden sich heute neben der ZAB die Dienststellen für die Rehabilitierung der Opfer politischer Verfolgung in der DDR, für die Statusfeststellung nach dem Bundesvertriebenengesetz sowie für die Aufnahme jüdischer Zuwanderer.

Die ZAB, zuständig für die Aufnahme und Beratung der dem Land Berlin zugewiesenen Spätaussiedler, ist Teil des Landesamts für Gesundheit und Soziales

und untersteht damit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Gleichzeitig dient sie den Neuankömmlingen bis zum Bezug einer eigenen Wohnung als Übergangswohnheim. Die durchschnittliche Verweildauer beträgt vier Monate.

Insgesamt kamen seit 1950 über 4,4 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler nach Deutschland, davon alleine fast 2,3 Millionen aus der UdSSR und den Nachfolgestaaten.

Gegen Ende der 1980er Jahre stiegen die Zuzugszahlen stark an. Nach der Wiedervereinigung wurde im Jahr 1993 der Zuzug quotiert: Pro Jahr sollten nicht mehr als 220.000 Personen einwandern; im Jahr 2000 wurde das jährliche Kontingent nochmals halbiert. Seither ist die Einwanderung von Spätaussiedlern fast zum Erliegen gekommen: 2006 kamen weniger als 8.000 nach Deutschland. Aufgrund der geringen Zuwanderung, so Referatsleiterin Sabine Ave, werde die ZAB im Juli 2010 geschlossen.

Ave erklärte, der Bund habe die komplett denkmalgeschützte Anlage dem Land Berlin kostenlos zur Nutzung überlassen, das nur für den Betrieb aufkommen müsse. Die Frage der Nachnutzung sei noch ungeklärt. Mit Friedland habe es stets eine gute Zusammenarbeit gegeben. Staatssekretär Bergner sei bereits hier gewesen, um sich über die Perspektiven auszutauschen.

Die Erinnerungsstätte Marienfelde hingegen bleibt auf der denkmalgeschützten Anlage bestehen, kämpft jedoch laut der Leiterin Bettina Effner wegen der Schließung mit Raumproblemen, etwa bei Veranstaltungen. Hier wird sich die Gruppe der Vertriebenen dafür einsetzen, dass dem Platzbedarf der Erinnerungsstätte Rechnung getragen wird und damit das „Tor zur Freiheit“ fest in der öffentlichen Wahrnehmung verankert bleibt.



v.l.: Sven Oole, Prof. Dr. Egon Jüttner MdB, Bettina Effner, Josef Rief MdB, Klaus Brähmig MdB

# Bundesvertriebenen-Stiftung funktionsfähig

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) MdB und Thomas Strobl MdB zur Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates



Wolfgang Börnsen MdB

Mit der Wahl der Stiftungsratsmitglieder der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist die Novellierung des Stiftungsgesetzes noch vor der parlamentarischen Sommerpause erfolgreich abgeschlossen. Die jetzt vorgenommene Neuerung, dass die Mitglieder des Stiftungsrates nicht mehr durch die Bundesregierung bestellt, sondern vom Deutschen Bundestag gewählt werden, erhöht die demokratische Legitimation des Stiftungsrates und objektiviert den Berufungsprozess. Die Neuerungen sind rein organisatorischer Natur - die in dem mit großer parlamentarischer Mehrheit

beschlossenen Stiftungsgesetz verankerten Zielsetzungen bleiben unverändert erhalten: Die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen

wachzuhalten, die junge Generation an das Thema heranzuführen und die aktuelle europäische Dimension dieser Thematik zu verdeutlichen. Zugleich soll sie zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte und zur Versöhnung beitragen, friedensstiftende Wirkung haben. Die Stiftung ist somit voll handlungsfähig und wird sich unmittelbar auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren. Mit der Vergrößerung des Stiftungsrates und des Wissenschaftlichen Beraterkreises wird das politische und wissenschaftliche Spektrum noch breiter und internationaler abgebildet. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind folgende Mitglieder im Stiftungsrat vertreten: Klaus Brähmig MdB mit Stellvertreterin Anita Schäfer MdB und Stephan Mayer MdB mit Stellvertreterin Maria Michalk MdB.



Thomas Strobl MdB

## Aufarbeitung kann endlich beginnen

Stephan Mayer MdB (Altötting) kommentiert die Wahl der Stiftungsratsmitglieder



Stephan Mayer MdB

Mit der Wahl der Stiftungsratsmitglieder des Stiftungsrates am 8. Juli 2010 ist endlich die Zeit der Irritationen und Verunsicherungen vorbei und es ist klar, wie es mit der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ weitergeht. Als neugewähltes Mitglied des Stiftungsrates freue ich mich auf meine neue und verantwortungsvolle Tätigkeit.

Es können nun die Planungen für das Ausstellungs-, Dokumentations- und Begegnungszentrum am An-

halter Bahnhof in Berlin begonnen werden. In meiner neuen Funktion werde ich mich dafür einsetzen, dass die Stiftung in enger Anbindung an die Wissenschaft wichtige Impulse zur Verständigung und objektiven Auseinandersetzung mit Themen wie Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung geben wird. Dies alles wird im Geiste der Versöhnung erfolgen.

Die Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates durch den Bundestag stellt für mich eine deutliche Aufwertung der Bedeutung der Stiftung dar. Durch die Ende Mai beschlossene Erweiterung des Stiftungsrates sind nun auch die 22 Landsmannschaften des Bundes der Vertriebenen noch besser im Stiftungsrat vertreten.

## 51. Wallfahrt der Donauschwaben nach Altötting

Ursprung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

„Mit der Wallfahrt nach Altötting erfüllen die Donauschwaben nicht nur ein altes Gelöbnis. Sie unterstreichen damit auch, dass sie fest zur christlichen Tradition der Wallfahrten in der alten Heimat stehen. Die Wallfahrt ist zudem ein Bekenntnis der Dankbarkeit.“ Das sagte der Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Innenminister Heribert Rech, am Sonntag, 11. Juli 2010, bei der 51. Gelöbniswallfahrt der Donauschwaben in Altötting. Der Ursprung der traditionsreichen Gelöbniswallfahrt der Donauschwaben nach Altötting reiche in die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zurück. Das Tito-Regime habe damals alle Deutschen im ehemaligen Jugoslawien entrechtet und von ihren seit Jahrhunderten bewirtschafteten Besitzungen vertrieben. Männer und Frauen seien zu Arbeitsdiensten abtransportiert oder nach Russland deportiert worden. Geistliche seien den Frauen, Männern und Kindern freiwillig in die Lager gefolgt, um Trost zu spenden. Gemeinsam mit den im Lager Gakowa Eingesperrten und von den Entbehrungen gezeichneten Menschen habe Pater Wendelin Gruber in einer Messe an einem Sonntag des Jahres 1946 ein Gelöbnis für das Überleben und die Befreiung abgelegt. „Ein Gelöbnis, das die

Donauschwaben auch heute - über 60 Jahre nach Ende des Krieges - auf dieser Wallfahrt zu Ehren Mariens mit vollem Herzen erfüllen. Außerdem gedenken wir der vielen Opfer des Krieges, von Flucht und Vertreibung und erinnern uns an das erlittene Unrecht und das große Leid“, so Rech. Eine Wallfahrt sei immer auch ein Ereignis für Begegnungen und Austausch zwischen Gläubigen, die sich sonst vielleicht nie getroffen hätten. Wer auf eine Wallfahrt gehe, zeige öffentlich, dass er gläubig sei. Gerade weil diese Wallfahrt eben kein gefühlloser, dem Lauf der Dinge überlassener „Event“ sei, sondern ein gemeinschaftliches Erlebnis, bei dem man sich als Christ und Donauschwabe einbringe und verwirkliche, werde die Wallfahrt Bestand haben und die Tradition fortbestehen. Das Motto des diesjährigen Wallfahrtsjahres in Altötting, „Orientierung und Heimat in der Kirche“, passe sehr gut auf die Heimatvertriebenen, die den schmerzlichen Verlust von Heimat am eigenen Leib verspürt hätten. Nach Kriegsende seien Millionen entwurzelter Menschen nach Deutschland gekommen, die alles verloren hätten. „Ihren Glauben hatten sie aber nicht verloren“, so Rech.



**Wie Neubürger und Alteingesessene zueinander fanden:  
Große Landesausstellung „Ihr und Wir. Integration der  
Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg“**

Kein Bollerwagen, kein Rucksack, kein Lager: Mit der Großen Landesausstellung „Ihr und Wir. Integration der Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg“ geht das Haus der Geschichte bewusst neue Wege. Nicht der Leidensweg von Flucht und Vertreibung steht im Vordergrund, sondern das Ankommen der Menschen in der neuen Heimat. Die Schau ist vom 13. November 2009 bis zum 22. August 2010 im Haus der Geschichte zu sehen. Mehr als 1,5 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge kamen nach dem Zweiten Weltkrieg in den deutschen Südwesten. Für die Neubürger war es ein enormer Kraftakt, sich in der fremden Umgebung zurechtzufinden und dauerhaft Fuß zu fassen. Und für die Alteingesessenen war es eine beispiellose Herausforderung, in harten Nachkriegszeiten die zahlreichen Entwurzelten aufzunehmen. Welten prallten aufeinander. Wie sich aus diesen beiden Teilgruppen dennoch eine neue Gesellschaft formte, das beschreibt die Ausstellung „Ihr und Wir. Integration der Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg“ im Haus der Geschichte Baden-Württemberg. „Wir wollen nicht den ungezählten Ausstellungen zu Flucht und Vertreibung mit den immer wieder gleichen Bildern und Exponaten eine weitere hinzufügen“, sagt Paula Lutum-Lenger, Ausstellungsleiterin des Museums zum wissenschaftlichen Ansatz. „Uns interessiert statt dessen: Wie ging das weiter?“ Schon wenige Monate nach der Ankunft der Flüchtlinge habe beispielsweise Pfarrer Heinrich Magnani in Hettingen mit Lehmziegeln eine neue Siedlung für die Vertriebenen gebaut. Der Architekt war Egon Eiermann.

**Am Anfang stand der Konflikt**

Mit seiner Weitsicht und Tatkraft war der Kirchenmann im Nordbadischen seiner Zeit voraus, ansonsten war der Anfang mühsam. „Das Gelingen könnt Ihr nur zusammen mit den Neuangekommenen zustande bringen. Die Bewältigung dieser Aufgabe ist ein Teil unseres neuen Aufbaus.“ Eine Mischung aus Appell und Befehl steckte in den Worten von Theodor Eschenburg, der 1946 als Landeskommis­sar für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Hohenzollern in einem Merkblatt die Bewohner ansprach. Dem späteren Universitätslehrer und Publizisten Eschenburg war offenbar klar, wie schwer dieser gemeinsame Aufbau werden würde. Denn die Probleme waren allzu deutlich und in vielen Bereichen Konflikte somit vorprogrammiert: durch das Aufeinandertreffen verschiedener Konfessionen und unterschiedlicher kultureller Traditionen, durch die Zwangseinweisung Vertriebener in Häuser und Wohnungen oder durch die Konkurrenz um Chancen und Arbeitsplätze. Willy Bettinger, ebenfalls Flüchtlingskommissar, beschrieb 1947 in einer Radiosendung die Lage der Neubürger, die in Privatwohnungen eingewiesen worden waren, so: „Sie dürfen keine Besucher empfangen ... sie dürfen nicht singen ... Sie dürfen nicht, sie dürfen nicht! Dürfen sie überhaupt leben?“ Die Einheimischen hielten dagegen und beschwerten sich über die Vertriebenen: „Sie laufen den ganzen Tag wie beleidigt herum, und nichts ist ihnen recht.“ Gelegentlich kam es sogar zu Handgreiflichkeiten. Laut einer Pressemeldung vom April 1948 verprügelte ein Ulmer Bürger eine Flüchtlingsfrau, die bei ihm wohnte. Erst der Bau neuer Siedlungen entschärfte das Problem.

**Erfolge im Kleinen**

Eine Gemeinde wächst zusammen: Die 1957 eingeweihte neue Nürtinger Kirche verfügt über ein Vordach. Dort können die Katholiken nach dem Gottesdienst miteinander sprechen, so wie es die Heimatvertriebenen als Tradition mitgebracht hatten. Foto: Haus der Geschichte / Christopher Dove  
War noch 1961 jeder fünfte Baden-Württemberger ein Vertriebener oder ein Flüchtling, so ist die Integration der Heimatvertriebenen als Besonderheit der Landesge-

**Buchtipp**

Gabi Köpp

Warum war ich bloß ein Mädchen?  
Das Trauma einer Flucht 1945  
München 2010

schichte heute weitgehend aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verschwunden. Die Ausstellung „Ihr und Wir“ zeigt auf, wo und wie Vertriebene und Alteingesessene aufeinander trafen. Beispiele für solche Begegnungsfelder sind neben dem Wohnen die politische Partizipation, die Arbeitswelt, die Familie, die Vereine oder die Kirchen. In den insgesamt 28 Ausstellungsvitrinen werden diese zunächst theoretischen Begriffe in lebendige Geschichten übersetzt. Diese machen deutlich, wie sich der Südwesten durch die Neubürger veränderte.

Ausstellungsdauer bis 22. August 2010

**Ausstellungsort:** Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Straße 16, 70173 Stuttgart.

Extras: Ein umfangreiches Begleitprogramm, ein Katalog sowie Arbeitsmaterial für Lehrer

**IMPRESSUM**

Herausgeber: Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer  
Klaus Brähmig MdB

Redaktion: Sven Oole (verantwortlich)

Sekretariat: Ines Roehm  
Kontakt: Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und  
Aussiedler

Anschrift: Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-55364  
Telefax (0 30) 2 27-56154